Winter 2011/12

Sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

Abgeschoben aus Deutschland

Lebenszeichen von der Müllkippe

Neu

Meldungen von der Insel: Die MALTA Doppelseite

Schirm Scham marode

Europa in der Krise

Demokratie und Kapital zwischen Ruin und Bankrott

Heute auf dem Stundenplan: **Schule&Zeitung.**

Machen Sie Ihre Schüler zu Leseratten. Mit der Süddeutschen Zeitung. Sechs Wochen lang. Druckfrisch und kostenlos ins Klassenzimmer. Mit speziell entwickeltem Unterrichtsmaterial. Und mit der Sicherheit, die Medien- und Lesekompetenz Ihrer Schüler zu fördern und zu stärken.

Mehr Informationen zu werdenden Leseratten bei Gabriele Jurgensen, Leiterin Jugendmarketing, Tel. 089/2183-9824. www.schule-und-zeitung.de

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung

Norbert Attermeyer

Editorial

Stellen Sie sich vor: Anfang 2011 behauptet jemand, noch in diesem Jahr wird die CDU den Ausstieg aus der Atomenergie beschießen, das dreigliedrige Schulsystem verändern, die Wehrpflicht abschaffen und den Mindestlohn zumindest mal diskutieren. Was hätten Sie gesagt? Richtig: Klapsmühle geradeaus und tschüss. Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Geschwindigkeit die Union ein paar „Lebenslügen“ (Rüttgers) über Bord wirft. Das verdient Respekt. Und macht sich sogar positiv in den Umfragen.

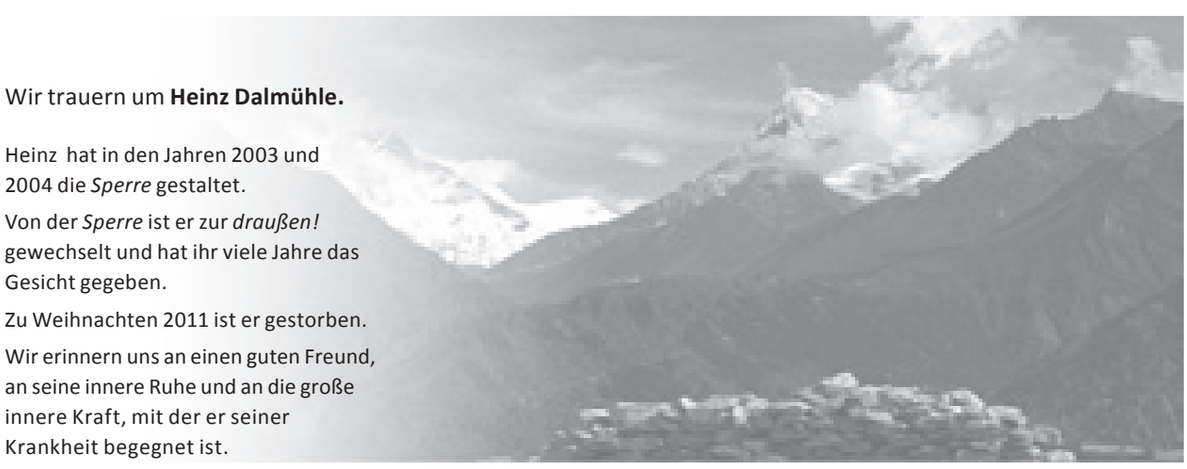
Nun schaut natürlich alles gespannt auf die Sozialdemokraten: Was ist jetzt mit Hartz 4? Oder der Agenda 2010? Dämmert‘s da vielleicht auch mal? Könnte es sein, dass Ende 2012 die SPD wieder sozialdemokratisch ist, eine richtige „Schutzmacht der kleinen Leute“? Jetzt sagen Sie nicht: Klapsmühle.

Die Zeichen stehen auf Wahrheit und Veränderung. Was lange unter der Decke gehalten wurde, kommt raus. Von den sozialen Umwälzungen in den arabischen Staaten, über Fukushima bis hin zum lange geleugneten Naziterror. Alles kommt raus. Oder wieder raus. Wie der Doktor, der nur so hieß. Oder endlich raus: Wie die Occupy-Bewegung, die dem kapitalistischen Super-GAU nicht mehr tatenlos zusehen will.

Womit wir auch schon bei der aktuellen Ausgabe der „Sperre“ wären. Das große Thema in diesen Tagen ist und bleibt die Eurokrise mitsamt ihren sozialen und demokratischen Verwerfungen. Für uns stellen sich die folgende Fragen: Wollen wir in einer Gesellschaft leben, in der den Renditeerwartungen und Zinsforderungen der „Märkte“ alles untergeordnet ist, auch das Wohlergehen der Bürger? Wäre es nicht an der Zeit, endlich einen Rettungsschirm für die Menschen aufzuspannen? Für diejenigen, die sich nachweislich nicht an der Börse verzockt haben. Und es in Zukunft auch nicht tun werden? Können nur Banken systemrelevant sein, Bürger aber nicht?

Seltsamerweise werden die wichtigen Fragen in unserem Land nur selten gestellt. Dafür wird aber akribisch genau die Meinung des Volkes zum Thema Wulff erfragt. Verbunden mit den hieraus abgeleiteten Rücktrittsforderungen. Was die Bürger von der Rente mit 67 halten oder von Hartz 4, oder von der Schuldenbremse (Spargürtel) fürs Volk und der Sektdusche für Banken (480 Milliarden für die HRE u. a.), das ist dann wieder uninteressant. Nicht aber für uns. Für uns ist es wichtig zu wissen und darüber zu berichten, bei wem das Sparpaket abgeladen wird (den Arbeitslosen), und wo Frau von der Leyen den Rotstift genau ansetzt. Und welche weiteren sozialen Veränderungen auf uns zukommen werden. Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Hierüber zu berichten ist allen Medien freigestellt. Da gibt es keinen Präsidenten, der das verhindert. Nur leider - es gibt immer noch viel zu wenige, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Was wir in unserem bescheidenen Rahmen machen können, das tun wir. Wir sind eine Arbeitslosenzeitung und wir heißen „Sperre“.

Norbert Attermeyer



Wir trauern um **Heinz Dalmühle.**

Heinz hat in den Jahren 2003 und 2004 die *Sperre* gestaltet.

Von der *Sperre* ist er zur *draußen!* gewechselt und hat ihr viele Jahre das Gesicht gegeben.

Zu Weihnachten 2011 ist er gestorben.

Wir erinnern uns an einen guten Freund, an seine innere Ruhe und an die große innere Kraft, mit der er seiner Krankheit begegnet ist.

Foto (Tibet): Heinz Dalmühle

spe^r^re _Winter 2011/12

Grundlage für das Titelmotiv des Heftes ist das surrealistische Stillleben des belgischen Malers René Magritte aus dem Jahre 1958 mit dem Titel „Hegels Ferien“ („Les vacances de Hegel“). Der Hinweis auf den Philosophen Georg W. F . Hegel betont die Dialektik dieser Bildkomposition: Wasser als Symbol für Lebensspende (gefülltes Glas) aber auch der Naturgewalt, vor welcher sich zu schützen gilt (Regenschirm).

6 Statt Regen- nun undichte Rettungsschirme in jeder Größe

Wer hat noch nicht? Wer will noch mal? Wir hangeln uns von Krise zu Krise, von Gipfel zu Gipfel und merken kaum, wie demokratiegefährdet wir bereits sind.

TITEL

NORBERT ATTERMEYER

6 Auf Kosten der Demokratie

Die internationale Krise zerstört unsere gesellschaftliche Lebensgrundlage

CHRISTOPH THELIGMANN

8 Engstirnig und Schirm vorm Kopf

Europa fehlt die Klarsicht

PROF. HEINER FLASSBECK

10 Wenn Banken überflüssig wären

Eine Rückschau aus naher Zukunft auf die Gegenwart

ARBEIT UND SOZIALES

CARSTEN PETERS

12 Sparpakete für die Arbeitslosen

Sparen fängt unten an! Warum denn nur?

JULIA LEVY UND ARNOLD VOSKAMP

14 Münster als Optionskommune

Verbessert das die Möglichkeiten?

ZUM LEBEN ZU WENIG

KLAUS GEIGER

19 Knastlektüre

Interview mit Heike Clephas, Chance e.V.

PROF. CHRISTOPH BUTTERWEGGE

20 Magere Halbzeitbilanz

Die Sozialpolitik der Bundesregierung auf dem Prüfstand zur Mitte der Legislaturperiode

GUDRUN KÖNIGS

22 Ich lebe arbeitslos

Ein Alltags- und Stimmungsbericht

GÜNTER FRECH

24 Aufgestockt

Mit Hilfe der beruflichen Selbstständigkeit aus der Hartz IV-Falle

FAMILIE DEMIR

26 Abgeschoben

Post aus dem Abgrund eines menschenunwürdigen Absturzes, der als Abschiebung daherkam

14 Optionskommune

Münster bekommt ein neues Modell. Für die Belange der Erwerbslosen ist ab dem Jahreswechsel allein die Stadt Münster zuständig.

20 Zu fahrlässig und unausgegoren

Der renommierte Arbeitsmarktforscher Christoph Butterwegge deckt die Versäumnisse in der Sozialpolitik der Bundesregierung auf.

Fotos: Rainer Wunderlich

MALTA - SEITE

28 Unsere Schwesterorganisation

Spanisch-Kurs und Ämterbegleitung

KULT- TOUR

UDO VON MACH

30 Die Kinderseite

UDO VON MACH

31 Lifestyle, Klatsch und Quatsch

ARNOLD VOSKAMP

32 Keine Wasserburgidylle

Münsterland ist Schweineland, meint Balko Klattmor

ARNOLD VOSKAMP

33 Wirtschaftszukunft oder Zukunftswirtschaft

Die Buchbesprechung in der SPERRE

NICHT SPERRIG

KURTS MELDUNGEN

34 Tipps und Presseticker

Schriftliche Frage an die Bundesregierung zu Personalausweisgebühren / Förderung der beruflichen Weiterbildung für Beschäftigte / Betriebliches Praktikum für Arbeitslose demnächst länger möglich / Jetzt Pfändungsschutzkonten einrichten / Umstellung auf P-Konto ein Muss / Minijobber / Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial: 8,4 Millionen Personen wünschen sich (mehr) Arbeit / Armut auf Rekordniveau: Paritätischer fordert Masterplan zur Armutsbekämpfung

ALLES WAS RECHT IST

ARNOLD VOSKAMP

38 Urteile

Die katholische Kündigung / Sperrzeit nach Papstwitzen / Keine Sperrzeit bei Kirchenaustritt / Pflege von Angehörigen / Verlängerung der Elternzeit / Führerschein vom Jobcenter / Krankenversicherungsbeiträge von Studenten / Zuzahlungen für Gesundheit / Ohne Zuschuss gründen / Steuerrückzahlung schmälert Hartz IV

39 IMPRESSUM

Nicht für Banken, Rettungsschirme für die Menschen! Wir haben auf der Straße Passanten befragt, was sie von einer solch neuen solidarischen Gesellschaft halten würden. Die bebilderten Antworten finden Sie über die nächsten Seiten verteilt.

Foto: Beate Haehn

Zurück zur Demokratie

Ein Rettungsschirm für die Menschen

Die Ereignisse in den letzten Monate lassen keinen Zweifel mehr zu: Die Demokratie hat schweren Schaden genommen. Gegen den Willen der Bevölkerung werden bisher unvorstellbare Summen dem Finanzkasino geopfert. Gleichzeitig wird das Land schon mal auf Sparkurs eingestellt. Da läuft etwas ganz gewaltig aus dem Ruder.

von Norbert Attermeyer

„Wieviel Demokratie verträgt der Markt?", so lautete der Titel einer Fernsehsendung, welche sich in den letzten Wochen mit der Euro-Krise befasste. Spätestens an dieser Stelle wurde klar: Jetzt wird es ernst. Dass die Frage eigentlich lauten müsste „Wieviel Markt verträgt die Demokratie?", darauf kamen die Journalisten schon gar nicht mehr. Warum auch? Die Bundeskanzlerin spricht ja bereits von einer „marktkonformen Demokratie". Da die Märkte immer schneller agieren, müsse die Politik immer schneller reagieren. Alles ist den „Märkten" untergeordnet. Länderhaushalte werden von den Börsen abgesegnet. Die Auflagen der EU-Kommission für Italien lesen sich bereits wie die Vorgaben einer Besatzungsmacht. Das Protektorat Italien soll den ganzen neoliberalen Wahn realisieren, der uns erst in die Krise geführt hat. Sonst gibt es keine Hilfe. Also: Rente mit 67, Schuldenbremse in die Verfassung, Kündigungsschutz lockern, Arbeitslosenversicherung kürzen, Studiengebühren einführen, „Heuschrecken" (Hedge-Fonds) zulassen, Mehrwertsteuer und Grundsteuer erhöhen, Regierung effizienter machen, Zahl der Parlamentarier verkleinern, Wasserversorgung reformieren (privatisieren) usw. Die Nachfolger von Berlusconi werden wie selbstverständlich von den Medien immer auch danach bewertet, ob die Märkte mit ihnen zufrieden sind.

Was das Volk vielleicht will, das taucht bei vielen Journalisten nur als lästige Randnotiz auf. Richtig gefährlich wird es, wenn demokratische Grundwerte abgeräumt werden, ohne dass die Öffentlichkeit hiervon angemessen informiert wird. Ein besonders krasses Beispiel liefert da Deutschland mit den 480 Milliarden Euro zur Rettung deutscher Banken: Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurde 2009 festgelegt dass ein kleines, fünfköpfiges Gremium (Staatssekretär Walther Otremba, drei Ministerienvertreter und ein Vertreter des Bundeskanzleramts) entscheidet, wohin die Rettungsmilliarden fließen. Das Gesetz wurde übrigens nicht vom Bundesfinanzministerium ausgearbeitet, sondern von der privaten Anwaltskanzlei Freshfields. Und dies geschieht, ohne dass das Parlament öffentlich davon erfährt. Laut dem ARD-Magazin „plusminus" werden lediglich neun Parlamentarier darüber informiert, wohin das Geld fließt. Ihnen ist aber unter Androhung von

Wir haben auf der Straße Passanten befragt, was sie von einer solch neuen solidarischen Gesellschaft halten. Die Antworten finden Sie verteilt über die nächsten Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Ein Rettungsschirm für die Menschen ...
Was wäre wenn ...?

„Die Kreativität würde wachsen. Krankheiten würden weniger werden. Und die Arbeitsproduktivität würde steigen, weil die Arbeit sinnvoller ist."

Birgit P.

Der Demokratie steht das Wasser bis zum Hals.

Foto: Gerd Altmann / pixelio.de

Gefängnisstrafe verboten, darüber zu reden. Eines der Grundrechte der Demokratie, nämlich das Haushaltsrecht des Parlaments, wird hier mit Füßen getreten.

Noch einmal: 480 Milliarden Euro werden am Parlament vorbei an Not leidende Banken verteilt. Das ist mehr als der gesamte Bundeshaushalt. Weitere Hunderte von Milliarden stehen zur weiteren Verteilung an die Finanzspekulanten an (EFSF, Hebel, Italien etc.). Und auf der anderen Seite war es der Arbeitsministerin von der Leyen schon zu teuer zwei Milliarden für die Bekämpfung der sich abzeichnenden Altersarmut einzusetzen. Es war zu teuer den Regelsatz für Hartz 4 wenigstens verfassungsgemäß zu gestalten. Es war zu teuer die Kinderarmut wirksam zu bekämpfen (stattdessen gab´s ein bürokratisches Bildungspäckchen). Und es war zu teuer mehr Geld in Bildung zu investieren. Ganz im Gegenteil beschloss die Bundesregierung mit ihrem Sparpaket 28 Milliarden Euro ausgerechnet im Sozialbereich abzukassieren. Nimm es von den Bedürftigen und gib den Mächtigen. In ihrem neoliberalen Wahn kennt die Regierung, wenn es um die Menschen geht, nur Kürzen und Sparen. Und diesen Wahn möchte sie nun der ganzen EU verordnen. Griechenland ist nur das Versuchslabor. Wie bei den ganzen Kürzungsorgien eine Konjunktur anspringen soll, die auch nur halbwegs die Rückzahlung von Krediten wieder möglich erscheinen lässt, wird nicht hinterfragt.

Frank Ankersmit, Prof. für intellektuelle Geschichte an der Reichsuniversität Groningen schrieb im niederländischen Handelsblatt: „Für die Neoliberalen sind die gesellschaftlichen Belange Unsinn." Alles ist dem Markt untergeordnet. Biblisch gesehen erleben wir den Tanz um das Goldene Kalb. Moral, Anstand, Solidarität, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Schwesterlichkeit - alles ist dem Profit und der Gier einer immer kleiner und mächtiger werdenden Gruppe untergeordnet. Die 99 Prozent müssen jetzt das Ruder herumreißen. Sie müssen jetzt sagen, in welcher Gesellschaft sie in Zukunft leben wollen. Eines ist klar: Wir brauchen keine weiteren Rettungsschirme für die Banken- und Börsenzocker. Den exorbitanten Schulden stehen exorbitante Vermögen gegenüber und die sind heranzuziehen. Wir brauchen endlich einen Rettungsschirm für die Menschen.

Schluss mit Kinderarmut. Her mit einer sanktionsfreien, würdigen Grundsicherung. Weg mit Studiengebühren. Mehr Geld für die Bildung. Her mit einer armutsfesten Grundrente. Her mit der offenen migrationsfreundlichen Gesellschaft. Das Geld ist da. Nach der jahrzehntelangen Umverteilung von unten nach oben, nach dem ganzen Privatisierungswahn, den Billigjobs und Lohnverzichten muss es jetzt mal um die Menschen gehen. Mehr Demokratie, mehr Solidarität. ■

„Mein Leben wäre sehr viel entspannter. Auch weil ich mir weniger Sorgen um andere mache müsste."

Ingo Giessen

Fotos: Beate Haehn

DER TANZ UMS GOLDENE KALB

In der Eurokrise wird Wachstum als ein ideologischer Glaubensbegriff aufgefasst

von Christoph Theligmann

Foto: Rainer Wunderlich

Die Menschen von Wohlstandsminderung bis in die breite Mittelschicht hinein bedroht, werden vor die Wahl gestellt: Pest oder Cholera. Diese Alternativlosigkeit wäre nur dann gerechtfertigt, wenn ein Begriff wie der des wirtschaftlichen Wachstums als quasireligiöse Kategorie verwendet würde. Genau davon lässt sich die Elite der EU-Länder leiten. Diese Engstirnigkeit ist Teil des Problems. Die Alternative wäre eine klare, einzelinteressensfreie Sicht auf die Dinge, frei in den Gedanken, frei von Zwängen, abgeschirmt, mit dem Mut gegen bestehende Machtverhältnisse zu handeln, von den derzeitigen Amtsträgern, die per Vereidigung - einige mit dem Zusatz „so wahr mir Gott helfe“ -, gegenüber dem gesamten Volk (sozial)staatstragend verpflichtet wurden.

Nichts konzentriert die Gedanken besser als die bevorstehende Hinrichtung - sollte man meinen. Dieses geflügelte englische Wort charakterisierte am besten die Stimmung im Vorfeld des EU-Gipfels Anfang Dezember 2011. Vom Endspiel der Eurokrise, vom Befreiungsschlag zu deren Krisenbewältigung wurde gesprochen. Am Schluss stand die Entscheidung, sich aus der Krise heraus zu sparen. Der Finanzbranche wurde versprochen, bei der Rettung von Schuldenstaaten zukünftig nicht mehr mit einbezogen zu werden. Das Risiko von Schuldenländern sollte nun dauerhaft den Steuerzahlern und künftigen Generationen aufgelastet, das Prinzip der Einheit von Risiko und Haftung für die Finanzbranche endgültig außer Kraft gesetzt werden. Auch die Panzerfaust, die „große Bazooka“ (Wall-Street-Jargon), blieb ungenutzt im Berliner Tresor. Denn dies hätte bedeutet, die Schuldenstaaten, notfalls auch Italien, Spanien oder sogar Frankreich mit massiven Geldmitteln gegen jeden Angriff der Finanzmärkte auszustatten, ermöglicht durch das Fluten mit Geld durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Europa steht in dem Gegensatz von Demokratie und Kapitalismus nicht auf der Seite der Demokratie.
(Christoph Menke, Philosoph)

Doch kann man sich aus der Krise heraus sparen? Nein, sagen die Kritiker, da sich die europäischen Staaten damit dauerhaft auf einen Rezessionskurs begeben würden und die ökonomische und soziale Spaltung Europas vertieft werde. Wohin niedriges Wachstum, niedrige Inflation und offene Grenzen für das Kapital führen, zeigt ein Blick zurück in die Geschichte. Nicht die Inflation der zwanziger Jahre, sondern die Deflation und die Kontraktion (wirtschaftliche Depressionsphase) der dreißiger Jahre sind die wahren historischen Schicksale der jüngsten deutschen Geschichte, welche den Aufstieg Hitlers erst ermöglichten. Aber auch die Alternative hat wenig bis gar keinen Charme. Diese Alternative ist das US-amerikanische Modell: Mit dauerhaft niedrigen Zinsen und immer höherer Verschuldung wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen (Stichwort: never-ending-party oder Weitermachen, bis die Blase platzt). Beiden Ansätzen gemeinsam ist der Tanz ums Goldene Kalb, um den quasireligiösen Begriff des Wachstums.

Die Occupy-Bewegung mag keine Lösungen parat haben, aber sie hat einen klaren Blick auf die Realität.
(John Gray, Philosoph)

Der Aufstieg der Marktwirtschaft ist eng mit den industriellen und technischen Errungenschaften wie Dampfmaschine, Automobilisierung, Computertechnologie usw. verbunden. Der Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter hatte zu Recht den Begriff der Maschine verwendet, um den Kapitalismus zu beschreiben. Nur, diese Maschine funktioniert nicht mehr in den großen Industrieländern, sie dreht sich seit einiger Zeit wie ein Hamsterrad, die Wirtschaftsmaschine dreht sich leer.

Mit der Finanzkraft von Regierungen ist es so bestellt, dass sie einem nichts geben können, was sie nicht vorher einem anderen genommen haben. *(Ludwig von Mises, Ökonom)*

In den Jahren 2000 bis 2007, der Zeitraum vor der Finanzkrise, betrug der Zuwachs, also das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts 381 Milliarden Euro. Um exakt den gleichen Betrag, also 381 Milliarden Euro ist zeitgleich die deutsche öffentliche Staatsverschuldung gestiegen. Dies bedeutet, dass der private Durchschnittseinkommenszuwachs von 4646 Euro pro Bürger dem Anstieg der deutschen Gesamtverschuldung in diesem Zeitraum gleicht. Da der Reichtum im Land jedoch ungleich verteilt ist, Reiche seit Jahren immer reicher, Arme vom Einkommenszuwachs ausgeschlossen bleiben, bestenfalls kaum beteiligt werden, entspricht es nicht der Tatsache, dass es die Sozialsysteme sind, welche die öffentlichen Kassen ruinieren. Jeder visuellen Darstellung der Schulden in Form einer tickenden Uhr sollte eine Vermögensuhr gegenübergestellt werden, denn die öffentlichen Schuldenzuwächse sind die Zuwächse der Privatvermögenden. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist in zweierlei Sicht ein Scheinwachstum. Einmal, weil dem Erfolg (Wachstum) ein Preis (Schulden) zugrunde liegt. Zweitens wegen der Auswirkungen für die Verteilungsgerechtigkeit.

Scheinwachstum bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum von industriellen und Dienstleistungsgütern weitgehend zum Erliegen gekommen ist. Dies verwundert nicht, denn in einer endlichen Welt ist unendliches Wachstum zu Ende gedacht nicht realisierbar. Hochentwickelte Industrieländer, die gesamte westliche Welt, nicht die Entwicklungs- und Schwellenländer nähern bzw. nähert sich einem Punkt, wo das Wachstum zum Erliegen kommt. Aus dem ganz einfachen Grund, weil die Märkte dort satt sind. Geschicktes Marketing mag das ein oder andere Alleskönner Smartphone noch absetzen. Die neue Zielgruppe Kinder, die als Kids angesprochen werden, um sie als autonome Konsumenten vom Elterngefühl der noch nötigen Fürsorgepflicht abzunabeln, wird halb aus wirtschaftlicher Verzweiflung, halb aus moralischer Unverschämtheit in den ökonomischen Kreislauf einbezogen, nur um Absatz und Gewinn, Wachstum eines eigentlich gesättigten Marktes zu erzeugen.

Ein Rettungsschirm für die Menschen ... Was wäre wenn ...?

„Es würde ein Stück gerechter werden. Mehr Spekulatius statt Spekulanten!“
Florian Paul

Es gibt zwei wichtige Dinge in der Politik: Das erste ist Geld, das zweite habe ich vergessen.
(Mark Hanna, US-Wahlkampfstratege zu Ende des 19. Jahrhunderts)

Der britische Wirtschaftswissenschafter John Maynard Keynes glaubte, die Maschine würde sich am Ende der kapitalistischen Entwicklung von alleine abschalten. Aber er irrte. Da die Märkte nicht mehr recht wuchsen, erfanden kluge Finanzinvestoren neuartige Wertpapiere, die vom alten, konventionellen Kreditgeschäft abgekoppelt wurden, um das Geldverdienen um des Geldverdienens zu betreiben (Investmentbanking). Die inzwischen aus Imagegründen nun lediglich wieder verborgene und scheinbar rückgängig gemachte Abspaltung des Kreditgeschäftes der Deutschen Bank („Bank 24“) für den gemeinen Privatkunden vor Jahren ist hier nur ein für jeden alltagserfahrbares Beispiel. Sollte der Kapitalismus scheitern, scheitert er ursächlich nicht am Elend der Massen, sondern am Reichtum einiger Weniger. ■

Ein Rettungsschirm für die Menschen ... Was wäre wenn ...?

„Die Gesundheit würde sich verbessern. Das Gerechtigkeitsempfinden würde wieder ins Lot kommen. Die Sorge um die Zukunft der Kinder würde weniger werden.“ *Anonym*

Schirm Scham marode

WIE DIE WELT VERRÜCKT UND WIEDER VERNÜNFTIG WURDE

Ein märchenhafter Vorschlag zur weltweiten Staatsschuldenkrise

von Heiner Flassbeck

Es war einmal vor kurzer Zeit. Da haben Banker und andere Geldmanager so lange hemmungslos mit fremdem Geld gezockt, bis sie kurz vor der Pleite waren. Weil der Staat aber Angst hatte, die Pleite so vieler Banken könnte Panik bei den normalen Menschen auslösen, nahm er die Schulden der Zocker zunächst auf die eigene Kappe und verlangte von seinen Bürgern, dass sie auf die lange Sicht für die Schulden der Zocker geradestehen. Weil er aber die Zocker weder ins Gefängnis sperrte noch ihnen wenigstens das Zocken für die Zukunft verbot, gingen die Zocker sofort wieder zum Zocken, denn sie hatten ja nichts anderes gelernt.

Nun aber fanden die Zocker, dass es an der Zeit sei, auf die Pleite der Staaten zu wetten, denn die Staaten hatten ja jetzt enorm hohe Schulden. Also nannte man die von den Zockern ausgelöste Krise von nun an die „Staatsschuldenkrise“ und alle „guten“ Ökonomen und alle Medien machten schleunigst mit, weil sie ja schon immer gewusst hatten, dass alles Übel immer nur vom Staat kommen kann. Statt über Unternehmen begannen die Banker und die anderen Zocker mitsamt den ihnen nahestehenden Ratingagenturen, nun Urteile über Staaten zu fällen. Weil in den Regierungen der Staaten aber auch Viele Verantwortung trugen, die noch immer glaubten, dass die Märkte immer recht haben, gerieten sie in Panik und begannen zu tun, was die Banken von ihnen verlangten, nämlich auf Teufel komm raus zu sparen. Weder die Banken oder die Ratingagenturen wussten allerdings, dass Staaten gar nicht sparen können. Wenn Staaten nämlich sparen und auch alle anderen Bereiche der Volkswirtschaft sich mit Ausgaben zurückhalten, wie das im Sommer 2011 der Fall war, dann führt das Sparen des Staates immer dazu, dass auch die Einkommen der Unternehmen und der Privathaushalte sinken, wodurch die wieder weniger Steuern zahlen oder mehr Hilfen vom Staat brauchen, sodass am Ende die Defizite des Staates umso höher sind, je mehr er zu sparen versucht. Weil die Staaten aber an ihrer Sisyphosarbeit, die Defizite zu reduzieren, immer wieder scheiterten, wurden sie von den Ratingagenturen, den Banken und den sonstigen Geldanlegern immer kritischer beäugt, und ihre Kreditwürdigkeit wurde immer mehr infrage gestellt. Nach einer „verlorenen Dekade“ wurden Anleihen aller Staaten nur noch auf Ramschniveau bewertet und die Anleger weigerten sich, ihnen noch Geld zu leihen oder gaben es nur noch zu extrem hohen Zinsen.

In dieser Situation geschah etwas Außerordentliches. Da die Zentralbanken, die das Geld schaffen, es den Banken immer noch zu extrem niedrigen Zinsen gaben, fragten sich einige vernünftige Leute, wofür

man eigentlich die Banken brauche, die vom Staat über die Zentralbank erst Geld für fast nichts bekommen, sich dann aber weigern, es dem Staat zu einem vernünftigen Zins zurückzugeben, weil die Staaten ja nicht kreditfähig wären, weil sie ja die Banken gerettet hatten.

Also ging man allmählich dazu über, dass die Zentralbanken dem Staat das Geld, das sie sonst den Banken gegeben hätten, direkt zu geben, und zwar zu einem sehr niedrigen Zins. Weil der Zins aber so niedrig war, gelang es den Staaten allmählich, ihre Schulden zu reduzieren, denn das geht überhaupt nur bei einem niedrigen Zins. Als man das eine Weile gemacht hatte, merkte man, dass das ganze unproblematisch ist und man die Banken mit ihren hohen Gebühren gar nicht braucht. Also gaben die Zentralbanken den Banken gar kein Geld mehr und, was immer die Banken und ihre Ratingagenturen für Einschätzungen abgaben, war den Staaten vollkommen egal. Da aber die Banken kaum noch normales Geschäft hatten, sondern immer mehr zockten, wurden die Bürger unruhig und zogen ihr Geld von den Banken ab und legten es in staatlichen Kassen an, wo sie zwar keine Zinsen bekamen, ihr Geld aber sicher war, weil der Staat versprach, ihre Renten und Sozialversicherungen auch dann zu zahlen, wenn sie nicht mehr arbeiten können. In der nächsten Zockerkrise gingen dann alle sogenannten Banken und Ratingagenturen unter, aber es hat niemanden wirklich interessiert, denn man wusste ja jetzt, dass man diese Institutionen überhaupt nicht gebraucht hatte.

Nach dieser Zockerkrise war es dann auch mit den Krisen überhaupt vorbei, weil die Zocker einfach ausgestorben waren. Die Menschen wussten, dass sie arbeiten müssen, um ein vernünftiges Einkommen zu erzielen, die Unternehmen wussten, dass man in richtige Anlagen investieren muss, um Gewinne zu machen und der Staat wusste, dass er auf Zocker keine Rücksicht nehmen braucht, sondern sich so verschuldet, dass die Wirtschaft in der Lage ist, Beschäftigung und Einkommen zu schaffen. Das gute Ende wäre aber nicht möglich gewesen, hätten nicht auf dem Höhepunkt der Krise alle Regierungen eine drastische Maßnahme durchgesetzt: Sie versetzten alle professionellen Ökonomen, die sich positiv zum staatlichen Sparen geäußert hatten, in den sofortigen Ruhestand verbunden mit der Auflage, sich nie mehr zu wirtschaftlichen Themen in der Öffentlichkeit zu äußern, und sie verboten allen Medien, über komplexe wirtschaftliche Themen wie die Konsolidierung von Staatshaushalten auch nur zu berichten. Auch Public-Relations-Agenturen oder Lobbyistenvereinigungen wurden verboten, sich zu Themen zu äußern, die mit gesamtwirtschaftlichen Sachverhalten zu tun hatten. Internationale Konferenzen fanden vollkommen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und wissenschaftliche Tagungen wurden nur erlaubt, wenn eine kritische Masse von gesamtwirtschaftlich denkenden Ökonomen mit von der Partie war. Nur durch diese Einschränkung der Meinungsfreiheit war es möglich, die sinnlose Konfrontation über staatliche Schulden, die die Politik vorher viele Jahre blockiert hatte, zu vermeiden und zu einer sachgerechten Diskussion zu kommen. Gleichzeitig starteten die Regierungen eine Bildungskampagne mit dem Ziel, den Bürgern in der Schule und an den Universitäten innerhalb von zehn Jahren so viel an gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen zu erläutern, dass man danach die Diskussion über solche Fragen wieder zulassen könne. ■

Heiner Flassbeck, der ehemalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium ist seit 2003 Chefvolkswirt bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf/ Schweiz.

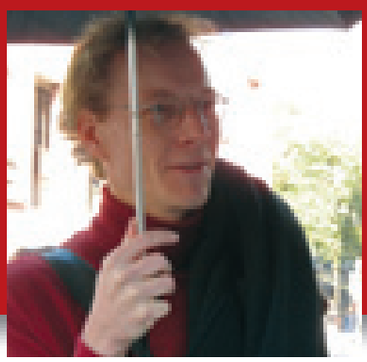
Ein Rettungsschirm für die Menschen ... Was wäre wenn ...?

„Dann müssten auch die nächsten Schritte gemacht werden hinsichtlich eines Nord-Süd-Ausgleichs und gerechteren Wirtschaftsstrukturen.“ *Maria B.*

Ein Rettungsschirm für die Menschen ... Was wäre wenn ...?

„Meine Lebenssituation würde sich nicht ändern – mir würde es aber besser gehen, wenn´s den Leuten besser geht.“

Carsten Peters



„Das wäre der Anfang für eine bessere Welt. Schluss mit Wachstumswahn und Zinseszins!“

Harry Seemann

Bundesregierung kürzt bei **Langzeitarbeitslosen**

Arbeitsmarktpolitik für alle gefordert

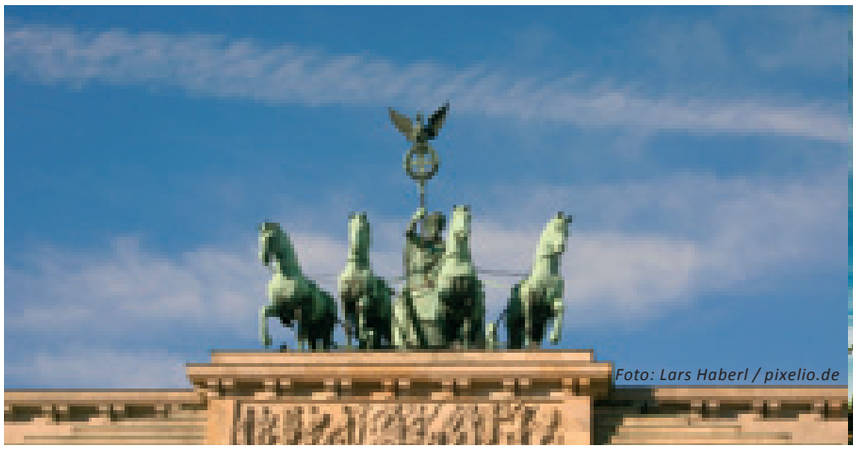


Foto: Lars Haberl / pixelio.de

Foto: Rainer Wunderlich

Die Bundesregierung kürzt weiterhin bei Langzeitarbeitslosen: Der am 24.11.2011 beschlossene Bundeshaushalt sieht Kürzungen im Sozialetat von 4,7 Milliarden Euro vor – 900 Millionen werden allein bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen gestrichen.

von Carsten Peters

Eine kurze Rückblende:

Bereits für den Haushalt 2011 waren die Eingliederungshilfen gekürzt worden. Der DGB hatte hier den Beschluss der Koalition zu den Regelsätzen im Hartz IV-System und der Kürzung der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose kritisiert.

Die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu Hartz IV war völlig unzureichend und geht letztlich zu Lasten der Langzeitarbeitslosen. Auch der DGB hatte die Mini-Erhöhung der Regelsätze als eine Politik nach Kassenlage und keinen Schritt, um aus der Armutsfalle Hartz IV herauszukommen, bezeichnet.

Besonders kritisch ist, dass Hartz-IV-Empfänger die Regelsatzanpassung durch Kürzungen an anderer Stelle faktisch selbst bezahlen mussten. So wurden die Eingliederungsmaßnahmen der Jobcenter im kommenden Jahr um rund 20 Prozent gekürzt.

„VERHÖHNUNG DER ARBEITSLOSEN“

Das Kürzungsvolumen im sogenannten Sparpaket der Bundesregierung für Hartz-IV-Empfänger war mit rund vier Mrd. Euro pro Jahr viermal so groß wie die gesamte Neuregelung der Regelsätze incl. „Bildungspäckchen“ und Verwaltungsaufwand. Insgesamt hatte der DGB diese Politik eine „Verhöhnung der Langzeitarbeitslosen“ genannt.

Nun folgt mit diesem Bundeshaushalt die nächste Kürzung. Diesmal ist es die Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen, die um 900 Millionen gekürzt wird. Begründet wird dies damit, dass die Arbeitslosigkeit abgenommen habe und daher die Beschäftigungsförderung der Langzeitarbeitslosen nicht mehr in dem bisherigen Umfang erforderlich sei.

ARBEITSMARKTPOLITIK FÜR ALLE

Für viele Beteiligte ist dies der falsche Weg: Es braucht eine Arbeitsmarktpolitik, die alle in den Blick nimmt und sich nicht nur auf die Leistungsstärksten konzentriert. Kein Arbeitsloser darf fallen gelassen werden. Hierzu gehören passgenaue Hilfen und Perspektiven für jeden Einzelnen. Das ist nicht nur eine Frage sozialstaatlicher Verantwortung: Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik für alle.

Der konjunkturelle Aufschwung kommt nicht bei allen gleichermaßen an. Wer profitiert, sind gut vermittelbare Arbeitslose, die erst kurze Zeit arbeitslos waren. Weniger gut qualifizierte, ältere Arbeitslose, Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankte haben das Nachsehen.

Während die Anzahl der Arbeitslosengeldempfänger im Vergleich zum Vorjahr in der Tat um 20 Prozent zurückgegangen ist, bewegte sich bei den Grundsicherungsbeziehern nur wenig. Rund 800.000 von ihnen sind bereits länger als zwei Jahre im Leistungsbezug, darunter 400.000 Menschen, die seit Einführung von Hartz IV ununterbrochen von der staatlichen Hilfe abhängig sind.

DGB FÜR ARBEITSMARKTPOLITISCHEN KURSWECHSEL

Trotz der anhaltend hohen Langzeitarbeitslosigkeit wurden nunmehr zum zweiten Mal in zwei Haushaltsjahren die Hilfen für Langzeitarbeitslose massiv reduziert. Vor allem öffentlich geförderte Beschäftigung, aber auch Fort- und Weiterbildungsangebote sowie niedrigschwellige Maßnahmen für Langzeitarbeitslose wurden massiv eingeschränkt.

Durch die Kürzungen der Bundesregierung verlieren die Arbeitsagenturen und Jobcenter wesentliche Spielräume für die Förderung von Langzeitarbeitslosen. Das Budget für Eingliederungsleistungen im Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) wurde bereits für 2011 bundesweit um 25 Prozent gekürzt und beträgt nur noch 4,6 Mrd. Euro. Nun drohen weite Teile der Infrastruktur und Hilfen für Langzeitarbeitslose ersatzlos abgebaut zu werden. Statt die Förderung von Langzeitarbeitslosen sinnvoll weiterzuentwickeln, werden notwendige Hilfen eingeschränkt.

Der blaue Himmel täuscht. Es gibt schlechte Nachrichten aus Berlin zum Thema Arbeitsmarktpolitik.

GEWERKSCHAFTLICHE FORDERUNGEN

Die Kürzungen der Bundesregierung zur aktiven Arbeitsmarktförderung müssen rückgängig gemacht werden. Um neue Chancen auch für Langzeitarbeitslose, darunter ältere und gering qualifizierte Arbeitslose, aber auch Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen zu schaffen, bedarf es ausreichender finanzieller Mittel. Die aktuellen Beschlüsse zum Bundeshaushalt gehen in die falsche Richtung.

Zudem müssen dezentrale Handlungsspielräume ausgebaut werden, damit vor Ort passgenaue Maßnahmen und Hilfen für jeden Einzelnen gefunden werden können. Dies muss auch für jene Menschen gelten, die trotz aller Bemühungen auf absehbare Zeit ohne Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt bleiben.

Dabei ist die Unterstützung bei der Eingliederung von Arbeitslosen umso wichtiger. Denn, anders als bislang vermutet, ist die wirtschaftliche Krise keineswegs beendet. Auch wenn keine akute wirtschaftliche Krise vorherrschte, ist die Unterstützung Langzeitarbeitsloser ein Gebot des Anstands.

KURZARBEITERREGELUNG FORTSETZEN

Zum Ende des Jahres läuft zudem die Kurzarbeiterregelung aus, die bislang galt und auf dem Höhepunkt der Finanzkrise Tausende von Arbeitsplätzen rettete. Angesichts einer unsicheren Wirtschaftslage, was Prognosen betrifft, und den nicht übersehbaren Auswirkungen der Finanzkrise braucht man Instrumente, um die Auswirkungen einer Bankenkrise auf die Realwirtschaft abzufedern. Ohne die erweiterte Kurzarbeit wären wahrscheinlich hunderttausende Arbeitsplätze verloren gegangen. Deshalb sollte man für den Fall der Fälle ein solches Instrument als Standby-Maßnahme haben. Auch in Münster war auf das Instrument der Kurzarbeit zurückgegriffen worden: Im Juli 2009 hatten in Münster 164 Betriebe für 4.792 Arbeitnehmer/innen Kurzarbeit angezeigt. Im Mai 2009 waren es in NRW 342.400 ArbeitnehmerInnen in 13.656 Betrieben. ■

Carsten Peters ist stellv. DGB-Kreisvebands–vorsitzender Münster

Rubrik

- [ ] Wohnen/Suche
- [x] Sehnsucht
- [ ] Wohnen/Biete
- [ ] Grüße

Anzeigentext

Sie, 146 Jahre, jung geblieben, sucht leidenschaftliche Sie oder heißblütigen Ihn zum Reden, Feiern, Streiten und Kämpfen. Danach alte Beziehung nicht ausgeschlossen.

Tu was gegen sozialen Kahlschlag, Atomkraft, Lohndumping, Rassismus und Ungerechtigkeit. Werde Mitglied in der SPD!

Tel. (0251) 77 0 99 | eintreten@spd-muenster.de
Oder einfach den ausgefüllten Coupon einsenden an: SPD Münster, Münzstr. 15, 48143 Münster

Ja, ich möchte Mitglied der SPD werden.

Vorname, Name

Anschrift

Geburtsdatum | Beruf

Telefon | E-Mail

Datum, Unterschrift

Alles wird mal wieder anders im **Jobcenter Münster**

Halt, nicht alles ändert sich, ausnahmsweise bleibt der Name: Jobcenter. Anders wird aber: Münster ist ab 2012 „Optionskommune". Option ist lateinisch und heißt Wahlmöglichkeit. Münster hat die vom Gesetzgeber vorgesehene Möglichkeit gewählt, vor Ort allein die Verantwortung für Hartz IV zu übernehmen.

von Arnold Voskamp

Foto: Rainer Wunderlich

Hält die neue Fassade?

Bislang war Hartz IV in Münster gemeinsame Sache von Arbeitsagentur und Stadt. Ab 2012 reden die Bundesagentur für Arbeit und die Bundesregierung nur noch indirekt - über das Gesetz und über die Bundeszuschüsse – mit rein in das Verwaltungshandeln des Jobcenters Münster. Was will die Stadt anders und besser machen, wenn sie das Jobcenter in die eigene Hand nimmt?

DIE SACHBEARBEITUNG WIRD ANDERS.

Ein Kritikpunkt seit Beginn von Hartz IV sind die undurchschaubaren Bescheide. Alle, auch die SachbearbeiterInnen hoffen auf Vereinfachung. Das Jobcenter nimmt dafür den Stress und Mehraufwand des Wechsels auf sich. Aber Achtung: Zum Jahreswechsel wird der Wechsel nicht bei allen Hartz-IV-Bezieherinnen reibungslos laufen:

- Achten Sie auf Ihren Kontostand, ob die Hartz-IV-Überweisung zum Ende Dezember kommt, damit Sie beispielsweise bei der Miete, beim Strom oder bei anderen laufenden Zahlungen keine Schwierigkeiten bekommen.
- Melden Sie Problemlagen sofort beim Jobcenter.
- Holen Sie im Notfall auch Hilfe bei einer unabhängigen Beratungsstelle.

NEUE SCHWERPUNKTE DER BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK?

Die Politik der Bundesagentur für Arbeit ist seit vielen Jahren bestimmt durch Sparpakete. Früher gab es mal viel Geld für Dinge wie „Qualifizierungsoffensive" und Ähnliches. Das Arbeitsförderungsgesetz früher war auch Instrument der Strukturpolitik und förderte in großem Stil Umschulungen. Heute heißt es: „Fachkräftemangel". Gleichzeitig streicht der Bund seine berufliche Weiterbildung zusammen. Das Jobcenter Münster hat 2012 zwei Millionen Euro, bzw. 25 % weniger für die Arbeitsförderung, als 2011 im Finanzplan.

Eine Frage wird interessant sein: Will die Stadt Münster jenseits der Bundeszuschüsse eigene Schwerpunkte in der Beschäftigungspolitik setzen? Zur Erinnerung: Vor gut 10 Jahren hatte die Stadt eine eigene Haushaltsstelle für Arbeitsförderung, die Arbeitsmarktinitiative Münster (AIM).

Wird berufliche Eingliederung von Arbeitsuchenden darüber hinaus eine Rolle in der städtischen Personalpolitik oder in der Wirtschaftspolitik spielen? Gibt es in der Stadtpolitik eigene Ideen, wie für die Menschen in Münster ausreichend oder zumindest vermehrt Erwerbseinkommen zur Verfügung stehen?

VERMITTLUNG IN LEIHARBEIT

Bisher konzentriert sich die Arbeitsvermittlung der Hartz IV-Behörden im Wesentlichen auf Leiharbeit, auch in Münster waren das etwa drei Viertel der Vermittlungen. Solche Arbeitsangebote sind verbunden mit einem Kürzungsdruck auf breiter Front: Wer nicht mitspielt, kriegt drei Monate lang nur 70 % vom Hartz IV-Satz. Leiharbeitsverhältnisse aber zeichnen sich dadurch aus, dass

- sie im Schnitt nur drei Monate dauern.
- sie nicht in nennenswertem Umfang in andere dauerhafte Beschäftigung führen.
- sie keinen stabilisierenden sozialen Rahmen, dazu

• kaum Fortbildung und Aufstiegsmöglichkeiten und
• nur geringe Erwerbseinkommen bieten.

Es kann nicht im Sinne der kommunalen Arbeitspolitik sein, mit Hartz IV schlechte Arbeit zu fördern. Ebenso wenig sollten Branchen, die wie die Leiharbeit kaum oder gar nicht qualifizieren, in den Vordergrund der Vermittlung gestellt werden.

Begrenzte Belastbarkeit der Arbeitslosen wird oft angeführt, um geringe Vermittlungszahlen zu entschuldigen. Arbeitslose brauchen, um dauerhaft wieder in Arbeit zu kommen, akzeptabel bezahlte Arbeitsplätze mit Perspektive, mit stabilen Sozialbeziehungen und so weiter. In der „Leihbude" landen Bewerbungen von Personen, die mit irgendwelchen Vermittlungshemmnissen kommen, sei es ein Gesundheitsschaden, das Alter, die Familiensituation oder die Nationalität, oft ganz unten in der Schublade oder gleich im Papierkorb. Nach außen wird jedoch weiter Personal mit der gleichen Qualifikation gesucht. Die Leihbranche hat vorrangig Platz für die Problemlosen. Robust und problemlos muss man aber auch wohl sein, wenn man häufige Arbeitsplatzwechsel und Zeiten ohne Beschäftigung aushalten will. Der Druck des Jobcenters mit Sanktionen hilft daran gar nichts, sondern macht es eher noch schwerer.

Eine große Kritik an den Ein-Euro-Jobs war die relativ geringe Vermittlung in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt. Die berufliche Eingliederung mithilfe der Leiharbeit ist jedoch noch schlechter. Hier wird einfach nur gut an der Arbeitsnot verdient.

Also, liebe und lebenswerte Stadt Münster, was hast Du zu bieten?

BESCHÄFTIGTE

Alle Angestellten im Jobcenter sind künftig Angestellte der Stadt Münster. Wer bisher von der Bundesagentur für Arbeit beschäftigt und ans Jobcenter abgeordnet war, geht entweder zurück in die Arbeitsagentur oder aber hat einen neuen Arbeitsvertrag mit der Stadt Münster erhalten. Zeitlich befristete Verträge sind bislang häufig ein Grund für Beraterwechsel und damit Anlass für verloren gegangene Absprachen, für verlorene Zeit wegen der Einarbeitung von Neuen, für verlorene Papiere, die der Nachfolger woanders vermutet, als die Vorgängerin sie abgelegt hat, und so weiter. Befristete Arbeitsverträge tragen prinzipiell zu einer Verunsicherung und nicht zu einer stabilen Orientierung auf die Arbeit und den Arbeitgeber bei. Wieweit die Wildwestsitten von befristeten Arbeitsverträgen im Jobcenter künftig eine Rolle spielen, werden wir sehen.

Mit der Übernahme des Jobcenters hat die Stadt Münster die politische Verantwortung für Hartz IV vor Ort übernommen.

An einem wird sich grundsätzlich nicht so viel ändern: Hartz IV ist der unbeliebteste Arbeitsbereich im öffentlichen Dienst. Hartz IV ist von Anfang an auf Druck und Schikane angelegt gewesen. Das Positive („Fördern") hat kaum Platz in der Behörde. So etwas Negatives hält man auf Dauer ohne Schaden schlecht aus. Viele bewerben sich weg. Die Kritik, die im Beschwerdeverfahren viele an der Hartz-IV-Behörde äußern, hat hier ihren Grund. Nicht selten beklagen LeistungsbezieherInnen herablassende Behandlung, wenig Wertschätzung, unzureichende bis fehlende Beratung, wenig Sorgfalt bei der Aktenführung. Das zu ändern, braucht hohe Motivation, auch vonseiten der örtlichen Politik. Diese Option hat Münster jetzt gewählt.

POLITISCHE AUFSICHT UND BEGLEITUNG

Ein Beirat begleitet mit seinem Fachwissen die Arbeitsförderung des Jobcenters. Schon seit Anfang des Jahres hat der Beirat der Hartz-IV-Behörde ein deutlich verändertes Aussehen. Während die sozialen Anliegen bei den früheren VertreterInnen relativ stark vertreten waren, sprechen jetzt die Arbeitgeberverbände ein deutlich größeres Wort mit. Soziale Anliegen haben tendenziell weniger Bedeutung. Auch darum ist die örtliche Arbeits- und Sozialpolitik im Rat der Stadt stärker gefordert.

Mit der Übernahme des Jobcenters hat die Stadt Münster die politische Verantwortung für Hartz IV vor Ort übernommen. In der Vergangenheit war unklar, wer - abgesehen von den einzelnen Verwaltungsmitarbeitern - denn verantwortlich ist. Das wird jetzt anders: Die Verwaltungsspitze und die politischen Parteien im Rat sind nun eindeutig die Bestimmer. Sie haben auch ihre großen Brüder und Schwestern in Berlin, die den großen Rahmen machen. Sie sind diejenigen, an die sich die Forderungen auf Verbesserungen richten werden. ■

Burnout im Jobcenter

Schlechte Arbeitsbedingungen der Jobcenter-Mitarbeiter

Es dürfte einen nicht wundern, dass in einer Ära, in der sich Arbeitsbedingungen allerorts spürbar verschlechtern, auch den Mitarbeitern des Jobcenters dieses Los nicht erspart bleibt. Dies zeigte sich kürzlich in einem Brief des Jobcenter-Personalrats an Oberbürgermeister Markus Lewe.

Ein Kommentar von Julia Levy

Anlässlich des bevorstehenden Wechsels der Jobcenter-Trägerschaft zum 1. Januar 2012 hat der Personalrat des Jobcenters Münster einen vierseitigen Brandbrief an Bürgermeister Lewe geschickt und auf die problematische Arbeitssituation im Jobcenter aufmerksam gemacht. Die Münsteraner Zeitung und Westfälischen Nachrichten berichteten.*

SCHLECHTE LAUNE IM JOBCENTER

Bereits vor einigen Jahren hörte man von Mitarbeitern, dass die damalige „ARGE“ von allen Ämtern und Behörden in Münster die höchste Burnout-Rate bei den Mitarbeitern vorzuweisen habe.

Foto: Rainer Wunderlich

Betont werden im Personalrats-Brief unter anderem: ein zu hoher Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen, psychisch fordernde Arbeit, stetige Personalfluktuation, Überlastung, Überstunden oberhalb des zulässigen Bereiches, eine Erwartungshaltung an die Beschäftigten, keinen Urlaub zu nehmen, sowie eine unangemessene Bezahlung.

So heißt es im Personalrats-Brief: „Die Unruhe unter den Beschäftigten ist größer als je zuvor. Jeder, der auch nur »den Hauch einer Chance« sieht, anderweitig beruflich tätig werden zu können, bewirbt sich bereits aktiv weg ...“ Um einen Einblick in die Arbeitssituation im Jobcenter zu ermöglichen, veröffentlicht die Sperre diesen Brief auf www.sperre-online.de in der Rubrik „Münster“ (Titel: Post vom Personalrat).

MITGEFÜHL FÜR JOBCENTER-MITARBEITER?

Zwar dürfte es manch einem ALG-II-Empfänger schwerfallen, an das Schicksal der Jobcenter-Mitarbeiter zu denken oder für sie Mitgefühl aufzubringen - besonders wenn man dort als Arbeitssuchender häufiger, als es einem lieb wäre, schlecht oder unprofessionell behandelt worden ist. Letztendlich sollte ALG-II-Empfängern das Schicksal der Jobcenter-Mitarbeiter aber nicht egal sein, denn schlechte Arbeitsbedingungen vor Ort führen auch dazu, dass dieser Stress vermehrt an die Arbeitssuchenden weitergegeben wird. Das Ergebnis ist ein schlechter Service und eine bedrückende Atmosphäre im Jobcenter für alle Beteiligten. Gestresste Mitarbeiter, die ungeduldig werden, Fehler in Berechnungen und Bescheiden machen, oder wenig konstruktiv kommunizieren, sind eine zusätzliche Belastung für ALG-II-Empfänger, die schon mit ihrer Arbeitslosigkeit, Arbeitssuche und finanziellen Engpässen zu kämpfen haben.

Ein Brief an Oberbürgermeister Markus Lewe zeigt Wirkung

HAT DAS CHAOS SYSTEM?

Sicherlich sind die schlechten Arbeitsbedingungen im Jobcenter größtenteils auf den allgemeinen Zeitgeist zurückzuführen, in dem schlechte Arbeitsbedingungen nicht nur toleriert werden, sondern allgemein als besonders effizient, marktorientiert, wettbewerbsstark und profitabel geschätzt werden. Somit widerfährt den Jobcenter-Mitarbeitern auch nur dieselbe Misere, die ihre Klienten schon zu Genüge kennen und die bei ihnen bereits zur Arbeitslosigkeit und dem Bezug von ALG II geführt hat.

Allerdings bleibt auch ein übler Beigeschmack, dass hier möglicherweise bewusst oder unbewusst erneut an den Arbeitslosen gespart wird. Werden hier auf dem Rücken der ALG-II-Empfänger Kosten gespart, indem nicht ausreichend Personal eingestellt und dieses dann auch nicht ausreichend geschult wird? Es liegt nahe, dass die langen Wartezeiten und mangelhaften Auskünfte der überarbeiteten Mitarbeiter potenzielle Antragssteller abschrecken und somit dem Jobcenter ALG-II-Kosten sparen sollen. Denn von ähnlichen Zuständen wird auch in vielen anderen Jobcentern berichtet – so z.B. kürzlich in Herten und Bochum. Hat dieses Chaos also vielleicht System?

Ist die pünktliche Auszahlung von ALG II Anfang 2012 gefährdet?

Der Personalrat des Jobcenters dazu:

„Die Problemlage [der Arbeitsbedingung im Jobcenter Münster] könnte sich nun während der Umstellung so verschärfen, dass ein Scheitern der ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung im Bereich SGB II durch die Stadt wahrscheinlich wird ...“

„Wir bezweifeln konkret, dass unter den derzeit erkennbaren Rahmenbedingungen 2011/ 2012 die Ziele verwirklicht werden können alle Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Arbeitslosengeld II) in 2012 in Verantwortung der Stadt Münster rechtmäßig und pünktlich auszuzahlen sowie eine bessere Betreuung der hilfebedürftigen Bürger hinsichtlich der Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen.“

Jobcenter Leiter Ralf Bierstedt antwortet:

„Ich sehe diese Gefahr nicht. Wir haben hervorragende Mitarbeiter, wir werden das schaffen.“

HOFFEN AUF EINE VERBESSERUNG

Es bleibt zu hoffen, dass die Arbeitsbedingungen im Jobcenter ab Januar unter der Trägerschaft der Stadt Münster verbessert werden und dass insbesondere Fort- und Weiterbildungen verstärkt gefördert werden, die den Mitarbeitern einen professionelleren und respektvolleren Umgang mit den Arbeitssuchenden ermöglichen. Bis dahin bleibt die Situation für Mitarbeiter und Arbeitssuchende vorerst belastend.

DIE UNPROFESSIONALITÄT AUSHALTEN

Lieber Leser, wenn Sie als ALG-II-Empfänger mal wieder im Jobcenter herablassend behandelt werden, Ihr Sacharbeiter unhöflich, unfreundlich, oder ungerecht ist, Sie unter Druck setzt oder warten lässt, dann atmen Sie ein paarmal tief durch und denken an die Arbeitsbedingungen Ihres Sacharbeiters! Sind einem diese Arbeitszustände bewusst, fällt es einem vielleicht eine Spur leichter, unprofessionelle Arbeit oder stressige Umgangsformen ▶

Saskia Brahms
Rechtsanwältin

Meine Kanzlei besteht seit fünf Jahren im Zentrum von Münster.

Ziel meines Tätigwerdens ist es, durch zuverlässige und qualitative Arbeit das Mandantenziel zufriedenstellend zu erfüllen. Dazu gehört neben Fairness im Umgang miteinander ein schnelles und unkompliziertes Arbeiten.

Interessenschwerpunkte:
- Familienrecht
- Straßenverkehrsrecht
- Arbeitsrecht
- Auch Vertretungen aus dem Bereich des SGB II

Jüdefeldstr. 44 • 48143 Münster • Tel. 0251/4145511 • Fax 0251/4145577
info@kanzlei-brahms.de • www.kanzlei-brahms.de

PASCAL THÜER
Elektrotechnik & Dienstleistungen
| Elektrotechnik | Kaffeeautomaten
| Sanitär | Gebrauchte Geräte
| Malern | Winterdienst
| Hausmeister | Reinigung
| Radio/TV

Wir sind immer eine Nasenlänge voraus. Das ganze Jahr.

Pascal Thüer
Elektrotechniker Meister
Tel. 0251 - 390 47 36
24 h-Notdienst 0177-32 18 63 2

Ossenkampsliege 40 48163 Münster
Ladenlokal & Werkstatt: Weseler Str. 6750 48163 Münster
Besuchen Sie meine Homepage unter www.thueer.com

zu ertragen und nicht allzu sehr an sich heran zu lassen.

Und als letzter Trost bleibt einem, dass es in Zeiten wie diesen schnell passieren kann, dass der Sacharbeiter von heute schon morgen neben einem im Wartebereich des Jobcenters sitzen könnte.

„Im Jobcenter hängt der Haussegen schief“ von Dirk Anger, 04.08.2011, WN und „Zoff im Jobcenter: Pünktliche Auszahlung von Hartz IV gefährdet“ von Stefan Bergmann, 05.08.2011, MZ.

Foto: Rainer Wunderlich

Passt ein Leben in eine Akte?

Foto: Das Performance- und Installations-Projekt “Pick’n’Place” des Künstlerduos Hiesl und Kaiser bei “Flurstücke 011”

„abba“-Studie der gesetzlichen Unfallversicherung untersucht Arbeitsbedingungen und zeigt Verbesserungsmöglichkeiten auf

Die „abba“-Studie der gesetzlichen Unfallversicherung hat die schwierige Arbeitssituation in Arbeitsgemeinschaften untersucht.

Es zeigte sich, dass es viele verschiedene Faktoren sind, die die Arbeitsbedingungen in den Jobcentern ungünstig beeinflussen. Es fehlt an qualifiziertem Personal, häufig erweisen sich die Zuständigkeiten in den Jobcentern als unklar, was zu Schnittstellenproblemen, intransparenten Abläufen oder ungeklärten Kompetenzen führt.

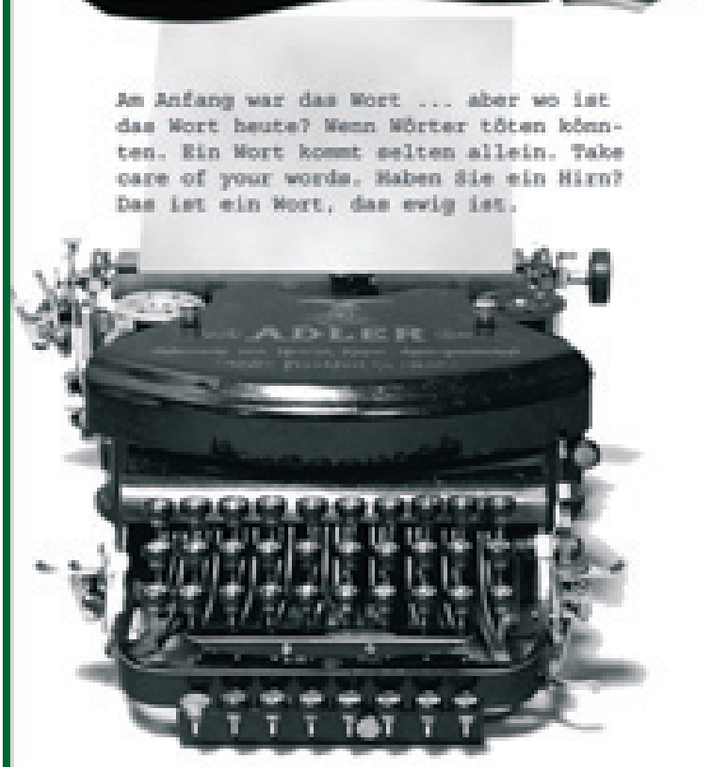
Auch der Umgang mit den Kunden stellt eine Belastung dar. Weil die Entscheidungen der Jobcenter für die Leistungsempfänger häufig existenziell sind und sich diese oft in einer angespannten Lebenssituation befinden, reagieren Kunden auf JobCenter-Mitarbeiter vielfach mit verbalen Übergriffen.

Nach der Untersuchung ist in den JobCentern:

- „die emotionale Belastung hoch
- die quantitative Anforderung (Arbeitsmenge) hoch
- der Handlungsspielraum (Einfluss) bei der Arbeit sehr niedrig
- die Verbundenheit mit dem Arbeitsplatz sowie die Bedeutung der Arbeit sehr niedrig
- die emotionale Erschöpfung sehr hoch.“ (abba-Abschlussbericht S. 6)

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist: Die Mitarbeiter haben eine geringe Identifikation mit ihrer Arbeit - sie schätzen die Bedeutung ihrer Arbeit als sehr gering ein. ■

Schreibwerkstatt



Schreiben kann jeder

In der Schreibwerkstatt gehen wir den Worten auf den Grund. Seit einem Jahr entwickeln wir erste journalistische Texte. Journalistische Grundkenntnisse werden anhand eigener Texte erörtert und in der Gruppe besprochen.
Einzelne Blogs sollen in Zukunft entstehen.
Also: Wer Lust am Schreiben hat und noch einsteigen möchte, meldet sich unter 0251-511121 oder sperre@muenster.de.
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Schreibwerkstatt in den Räumen der SPERRE, Berliner Platz 8, mittwochs von 10-12 Uhr, Voranmeldung erbeten. Teilnahme kostenlos.

Stiftungen

„MANN IM KNAST ... WAS NUN?“

Foto: Rainer Wunderlich

Unter diesem Titel erschien im Oktober 2011 ein 138 Seiten umfassender Ratgeber für Angehörige von inhaftierten Menschen. Herausgeber der mittlerweile fünften Auflage ist der Verein Chance e.V. in Münster, der seit über zwei Jahrzehnten in verschiedenen Projekten mit Haftentlassenen arbeitet.

Die Verfasserin ist Heike Clephas. Die in Münster geborene Diplom-Sozialarbeiterin ist seit 1996 bei Chance. e.V. angestellt. Hier leitet sie die Beratungsdienste des Vereins. Bereits während ihres Studiums hat sie sich intensiv mit den Problemen von Angehörigen Inhaftierter beschäftigt. Sie ist auch zuständig für das „Projekt Angehörige“ der zentralen Beratungsstelle für Straffällige und deren Bezugspersonen.

Mit Heike Clephas sprach Klaus Georg Geiger

Frage: Frau Clephas, in 12 Jahren ist jetzt bereits die 5. Auflage ihres Ratgebers für Angehörige von Inhaftierten erschienen. Darf ich Ihnen gratulieren?

Clephas: Nein, nein, dafür ist der Grund, aus dem Betroffene, überwiegend Frauen, unser Buch lesen, zu ernst. Die 4. Auflage war seit 2010 vergriffen, aber der Bedarf nach Informationen ist größer geworden. Die Neuauflage war daher notwendig, ebenso die umfassende Überarbeitung.

Was haben Sie bei der aktuellen Auflage geändert?

Clephas: Ein hoher Anteil der Frauen, die bei der Chance e.V. Rat und Hilfe suchen, ist zum ersten Mal mit der Situation konfrontiert, dass der Mann, der Freund oder der Sohn im Gefängnis ist. Da bestehen zunächst große Sorgen um den Angehörigen: „Wie mag es ihm gehen? – Was passiert jetzt mit ihm? – Kann ich von draußen etwas für ihn tun?“ Deswegen haben wir dem formellen Ablauf, also Untersuchungshaft, Strafverfahren, Strafhaft und Informationen über den Strafvollzug, einen größeren Rahmen gegeben.

Sind das die Nöte, die Angehörige in erster Linie haben?

Clephas: Zunächst ja. Dann kommen aber auch die psychischen und sozialen Belastungen, denen Angehörige ausgesetzt sind, dazu. Die sind enorm – mehr noch, wenn auch Kinder betroffen sind. Es ist tatsächlich so: Die Angehörigen werden mitbestraft. Deswegen liegt dem Ratgeber eine Broschüre bei. Da haben wir wichtige Adressen aufgelistet, u.a. Anschriften von weiteren Beratungsstellen aus ganz NRW.

Und wie ist es um die materielle Seite bestellt?

Clephas: Auch hier sind die Frauen immensen Druck ausgesetzt. Ich möchte es mal so sagen: So tragisch die Lebenssituation für den Inhaftierten auch ist - dass verkenne ich überhaupt nicht - für seine existenziellen Grundbedürfnisse ist, wenn auch auf das Nötigste reduziert, gesorgt. Die Frauen, eventuell mit Kindern, stehen alleine da, müssen quasi aus dem Nichts heraus alles regeln. Auch was das Finanzielle angeht. Das Einkommen des Mannes fällt weg. Da sind laufende Rechnungen und Miete zu bezahlen, eventuell Schulden. Ämter müssen kontaktiert, Sozialleistungen beantragt oder geändert werden. Hinzu kommt, dass die Frauen Scham und teilweise Angst empfinden, wenn sie bekennen müssen, dass der Angehörige in Haft ist.

Bieten Sie auch praktische Hilfen an?

Clephas: Wir haben hier in Münster bei Chance e. V. eine Angehörigengruppe, die sich regelmäßig trifft. Dazu bieten wir auch persönliche Beratung in Einzelgesprächen an. Auf Wunsch begleiten wir Betroffene bei Behördengängen. Termine können unter der Rufnummer 0251-6208822 erfragt und vereinbart werden. ■

Der Ratgeber „Mann im Knast ... was nun?“ kann zum Preis von 6,50 € bei *Chance e.V.*, Friedrich-Ebert-Str 7/15, 48153 Münster oder über den Buchhandel (ISBN-Nr.: 9-783-9321-68109) bezogen werden.

WILLKOMMEN IM SUPPENKÜCHENSTAAT

Ein Gastbeitrag von Christoph Butterwegge

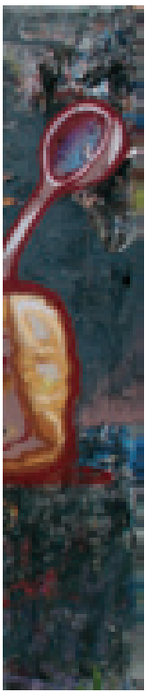
Im Windschatten der Finanzkrise rückt die Lösung sozialer Probleme in weite Ferne. Richtungsweisende Ideen sucht man in der Politik der Bundesregierung vergeblich. Ob Vätermonate, Pflegereform oder Verhinderung von Altersarmut: Alles war bloßes Stückwerk oder blieb stecken. Während Sozialpolitik nach Art der Suppenküchen betrieben wird, wird die wohlhabende Klientel geschont oder sogar bedient.

Gleich nach ihrem Wahlsieg im Herbst 2009 versuchten Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle, die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP, den Eindruck zu erwecken, dass niemand durch die Bildung ihrer „Wunschkoalition“ materielle Einbußen zu befürchten habe. Auch der damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers streute den Bürgern politisch Sand in die Augen. Vor der wichtigen, dann aber verlorenen Landtagswahl am 9. Mai 2010 beteuerte er: Es werde „keine sozialen Zumutungen“ geben, sondern höchstens „eine Neujustierung in den Systemen“ erfolgen. „Kein Bürger muss Angst vor Sozialabbau haben“, weil es beim „Kurs der sozialen Gerechtigkeit“ bleibe, sagte Rüttgers seinerzeit wörtlich. Nun, zur Halbzeit der schwarz-gelben Regierungskoalition in Berlin stellt sich das Bild nicht ganz so schön dar.

Tatsächlich gab es in den zwei Jahren danach keine „Agenda 2020“. Wohl aber hat die heutige Bundesregierung den von SPD-Kanzler Gerhard Schröder mit seiner „Agenda 2010“ begründeten „Umbau“ - beziehungsweise Abbau - des Wohlfahrtsstaates im Windschatten der Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise durch Leistungskürzungen und Strukturveränderungen fortgesetzt, teilweise sogar verschärft. Den im Titel des Koalitionsvertrages „Wachstum - Bildung - Zusammenhalt“ erhobenen Anspruch, bei einem Wirtschaftsaufschwung mehr für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu tun, löste das Regierungsbündnis jedenfalls nicht ein.

Nach originellen, sinnvollen und richtungsweisenden Ideen sucht man in der Sozialpolitik dieser Bundesregierung vergeblich. Alles war ohnehin bloßes Stückwerk oder blieb stecken. Selbst die vollmundig angekündigte Ausweitung der „Vätermonate“ beim Elterngeld scheiterte am Widerstand des Finanzministers. Der damalige Gesundheitsminister Philipp Rösler erklärte 2011 zum „Jahr der Pflege“. Diese Reform liegt aber unter seinem Nachfolger Daniel Bahr völlig brach, weil sich CDU, CSU und FDP nicht auf ein Konzept einigen können. Schließlich reichen die Positionen der Koalitionspartner dabei von steuerfinanzierten Pflegeleistungen (CSU) über die Bildung einer Rücklage innerhalb der Sozialen Pflegeversicherung (CDU) bis zum Aufbau eines privaten Kapitalstocks nach dem Kopfprämienmodell (FDP).

Ähnlich stark wie die Zahl der pflegebedürftigen Demenzkranken dürfte im alternden Deutschland die Zahl der armen Seniorinnen und Senioren steigen, sofern die Regierung weiterhin nichts gegen deren Not unternimmt. Statt eine Kommission zur Bekämpfung der Altersarmut einzurichten, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, hat



„Bei uns muss niemand verhungern!“ (Volksmund) Abbildung: Graffito am Hawerkamp

Bundessozialministerin Ursula von der Leyen kürzlich eine „Zuschussrente“ ins Gespräch gebracht, die nach der Hartz-IV-Logik funktionieren würde: Wer 45 Jahre lang versichert ist und 35 Jahre lang „geriestert“ hat, soll einen steuerfinanzierten Rentenzuschuss erhalten, der die gesetzliche Minirente auf 850 Euro aufstockt. Abgesehen davon, dass lückenlose Erwerbsbiographien immer seltener werden, offenbart der Umstand, dass die „Armutsrisikoschwelle“ der EU für einen Erwachsenen hierzulande derzeit bei 928 Euro liegt, was von dieser Sozialpolitik nach Art eines Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaates zu halten ist . . .

Umgekehrt wird die wohlhabende Klientel der Regierungsparteien teils geschont und andernteils sogar bedient. Das gilt nicht bloß für Hoteliers, deren Gewinne durch Senkung des auf Übernachtungen erhobenen Mehrwertsteuersatzes stiegen. Zwar ließen sich eine Senkung des Spitzensteuersatzes und die Abschaffung der kommunalen Gewerbesteuer, wie sie die FDP forderte, nicht durchsetzen. Die schwarz-gelbe Koalition nahm aber Regelungen, die ein weiteres Absinken der Unternehmenssteuern durch Finanzmanipulationen der Konzerne verhindern sollten, zurück oder weichte sie auf.

Erben von Familienunternehmen wurden durch die Verkürzung der Behaltensfrist und Absenkung der Lohnsumme, die zur Befreiung von der betrieblichen Erbschaftsteuer führt, noch stärker entlastet als durch die große Koalition. Neue und höhere Steuern sowie Abgaben im Unternehmens- und Finanzmarktbereich stellen entweder bloße Luftbuchungen dar, wurden nur ansatzweise realisiert, oder fallen kaum ins Gewicht.

Das auf einer „Sparklausur“ von CDU, CSU und FDP geschnürte „Zukunftspaket“ traf hauptsächlich die Sozialleistungsbezieher. Hartz-IV-Betroffenen wird das Elterngeld seit dem 1. Januar 2011 vorenthalten, beziehungsweise auf die Transferleistung angerechnet. Ersatzlos gestrichen wurden der Zuschlag, den es beim Übergang vom Bezug des Arbeitslosengeldes zum Arbeitslosengeld II gab, und außerdem der Beitrag zur Rentenversicherung, den die Bundesagentur für Arbeit für Hartz-IV-Bezieher entrichtete.

Den höchsten Betrag „spart“ die schwarz-gelbe Koalition durch eine arbeitsmarktpolitische „Instrumentenreform“: Drastische Kürzungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung zeigen, dass sich das Bekenntnis der Bundesregierung zur „Bildungsrepublik Deutschland“ lediglich auf Exzellenzbereiche der Hochschulen und die Elitebildung von Privilegierten beschränkt. Arbeitslose sind hingegen nicht einbezogen, obwohl diese angeblich doch „gefördert und gefordert“ werden sollten.

Anstatt die Hartz-IV-Regelsätze mittels einer schlüssigen Methodik neu zu berechnen, nutzte das Arbeitsministerium die durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 10. Februar 2010 entstandene Lage für Gesetzesverschärfungen: Fortan können die Bundesländer ihre Kommunen ermächtigen oder verpflichten, die „angemessenen“ Kosten für Unterkunft und Heizung per Satzung festzulegen.

Mietpauschalen dürften noch mehr Hartz-IV-Empfänger veranlassen, ihre Wohnung in einem gutbürgerlichen Stadtviertel aufzugeben und in eine Hochhaussiedlung am Stadtrand zu ziehen. Wer aber einer sozialen und räumlichen Trennung von der ärmeren Bevölkerungsschicht auf diese Weise Vorschub leistet, darf sich nicht wundern, wenn es hierzulande demnächst Jugendunruhen wie kürzlich in Großbritannien gibt, wo die Ghettobildung bereits viel weiter fortgeschritten ist. ■

***Prof. Christoph Butterwegge**, 60, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Köln. Soeben ist sein Buch „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ in Neuauflage erschienen. Der hier abgedruckte Beitrag erschien zuerst in der Süddeutschen Zeitung (27.10.2011).*

Jede(r) von Arbeitslosigkeit Betroffene(r) geht einzigartig mit dem Thema um. Dieser Gastbeitrag stellt so eine subjektive und authentische Sichtweise dar.

von Gudrun Königs

Was leiste ich als Arbeitslose?

Alles auf den Punkt gebracht

Diese Frage des Beitragtitels bekomme ich jeden Tag neu beantwortet. Ebenso die Frage: Was gibt der Arbeitsmarkt noch an interessanten Bürostellen her?

Seit Jahren wurden in den Firmen die Bürostellen abgebaut. Es werden mehr und mehr Callcenter-Stellen angeboten, telefonisches Direktmarketing und ähnliche Verkaufsmethoden. Stelle immer wieder fest, wie flexibel ich bin ..., sein muss ..., Disziplin ist gefragt.

Stichwort Flexibilität

- Morgens früh aufstehen zwischen 6.30 und 7.00 Uhr, um mir einen geregelten Tagesablauf zu gewährleisten.
- Den Tag gut organisieren können – ohne dies geht es nicht.
- Jobgespräche führe ich gern morgens, denn da kann ich die Leute erreichen. Und das macht auch noch einen guten Eindruck.
- Notizen machen; wann wurde telefoniert, mit wem und über was wurde gesprochen.
- Die Arbeitgeber, Zeitarbeitsfirmen spüren gleich, die ist engagiert, die hat Biss, die will einen Job. Sich abheben von den Anderen.
- Sich immer wieder in Erinnerung rufen ist bei guten Zeitarbeitsfirmen wichtig.
- Mit meiner Arbeitsvermittlerin sprechen, die erreiche ich eher früh morgens.
- Auf meinem Schreibtisch stapeln sich gut sortiert meine Bewerbungsschreiben, Bewerbungsmappen, Anträge für Rückerstattung der Bewerbungskosten, viele Ordner….
- Auf einen Blick die entsprechenden Unterlagen finden.
- Einige sollten schon vorbereitet sein, um Zeit zu sparen. Dann nur noch das vorbereitete Anschreiben umformulieren.
- Alle Möglichkeiten, die sich ergeben während des Tages, ausschöpfen, um einen Job zu finden.
- Mittagspause, um neue Energie zu schöpfen.
- Ein Tagesrhythmus ist wichtig für mich, denn es könnte sich ja ganz spontan ein Vorstellungsgespräch ergeben und ein Job.
- Dazu bin ich sofort in der Lage, in dem ich morgens frisch dusche, meine Haare style und nur noch in das entsprechende Outfit steigen muss.
- Sich immer wieder in Erinnerung rufen, ist bei guten Zeitarbeitsfirmen, wo ich gerne arbeiten will, wichtig. Wiederhole ich mich gerade? Wiederholung ist gut!
- Nicht in die Schublade gesteckt zu werden, ist oft angesagt. Sich abzuheben von einigen, die vor dem Mittag nicht aus dem Bett geklettert kommen.
- Klarstellen, das ich nicht so bin, sondern einen Tagesrhythmus habe, mein Leben geregelt bekomme.

- Im Internet, in der Zeitung, per Mundpropaganda suche ich regelmäßig nach geeigneten Stellen.
- Es sollte möglichst Vollzeit sein, kann aber auch Teilzeit sein. Eine Aufstockung durch die Arbeitsagentur ist möglich. Huppie!!
- Ich erledige die Büroarbeiten, die durch meine Arbeitslosigkeit entstehen, sofort.
- Dadurch kann ich mich auf Neues konzentrieren und schnell Nachrangiges abhaken.
- Schreibe Briefe, Mails, kopiere Unterlagen, die dann verschickt werden müssen.

Wie ich während des Schreibens feststelle, ist mancher Tag prall gefüllt. Glauben da manche Leute noch, Arbeitslose hätten Zeit und würden faulenzen??? Was passiert in der Zeit meiner Arbeitslosigkeit an Positivem!!

- Entdecke mein Talent, zu schreiben. Gedichte und Bücher lesen gehört schon seit meiner Jugend zu meinen Hobbys.
- Das schreiben hilft mir, mit der Arbeitslosigkeit klarzukommen und viel Erlebtes zu verarbeiten.
- Meine Öffentlichkeitsarbeit ab 1996 bei einem Stammtisch für Arbeitslose mit dem Titel „Kein Stillstand ohne Stelle“ hat mir diesen Bereich neu eröffnet. Schreibe ein Buch.
- Lerne viele nette Leute durch meine Qualifizierungen und Weiterbildungen kennen, die meinen Weg begleiten.
- Teamarbeit ist gefragt und wird gelebt.
- Schreibe hier gerade für die „Sperre“, Arbeitslosenzeitung in Münster, Interviews beim WDR in der Lokalzeit Münsterland und im Radio WDR 2 stehen an.
- Sie, die Medienoptionen, gaben mir neue Perspektiven, Einblicke beruflich und persönlich.
- Die Zeit der Arbeitslosigkeit ist aber auch ermüdend, kraftraubend, frustrierend, macht mich wütend.
- Das Wort „Urlaub“ entfällt mit den Jahren.
- Geld wird Mangelware.

Fazit:

- Im Kopf lebendig bleiben, Geist, Ideen, Kreativität, erfindet sich bei mir immer wieder neu.
- Meine Freizeit gestalte ich mit Familie, Freunden, Natur, Kultur, Sport, Rad fahren, tanzen, lesen. Filtere auch die positiven Seiten aus meinem Leben.
- Was habe ich alles geschafft nach meinem Wiedereinstieg ins Berufsleben, sowie privat.
- Gestalte meine Freizeit freudig mit Entspannung, bin positiv denkend in allen Lebenslagen.

Noch Fragen?????
Was geht da noch????
So ist mein Leben!!! ■

STADT MÜNSTER
Presseamt

Ganz Münster auf einen Klick
Infos und Service im Stadtnetz publicom

www.muenster.de
Portal für Münster und das Münsterland

www.muenster.de/verkehr
Infos zu Fahrrad, Bus, Bahn und Auto

www.muenster.de/stadt
Rat, OB, Ämter, Vorlagen, Vordrucke online

www.muenster.de/medien
News aus der Stadt, Medien in Münster

www.muenster.de/stadt/sozialamt
Sozialhilfe, Hilfen bei Pflege und Behinderung

www.muenster.de/buergernetz
Gruppen, Vereine und Bürger im Netz

HARTZ IV FÜR SELBSTÄNDIGE „ARM GERECHNET“

„Selbständige sind oft Abzocker“ meldet der Kölner Stadtanzeiger und die Frankfurter Rundschau springt dem Schwesterblatt bei: „Solche Fälle lassen auf ein verbesserungsfähiges Geschäftsmodell schließen – oder auf gezielten Leistungsmissbrauch.“ Neue Sündenböcke braucht das Land. Nun sind es die Selbstständigen, die auf der gehartzten Hängematte liegen und an den Pranger gestellt werden.

von Günter Frech

Die Süddeutsche Zeitung brachte die Geschichte am Dienstag nach Pfingsten auf Seite eins. Weitere Medien legten nach. Die Google-Suche ergab 321 Treffer. In der Regel wurde der Artikel aus der SZ wiedergekäut. Oder eine entsprechende Agenturmeldung übernommen.

Welche „Sau wird da nur wieder durchs Dorf“ getrieben? Es gibt in diesem Land etwa 4,4 Millionen Selbstständige. Wenn nun davon 125.000 „ergänzende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes“ – also aufstockendes ALG II / Hartz IV – beziehen, so sind das knapp über fünf Prozent der Selbstständigen, die von ihrer Selbstständigkeit nicht leben können. Schlimm genug für die Betroffenen! Mag sein, dass sich unter diesen fünf Prozent einige wenige „arm rechnen“, wie der Artikel suggeriert. Aber wo gibt es keine „schwarzen Schafe“?

Bleiben immer noch 4,275 Millionen Selbstständige, die von ihrer Selbstständigkeit leben können und ihren Umsatz versteuern müssen. Tun diese das alle redlich? Gibt es Statistiken darüber, wie viele dieser umsatzsteuerpflichtigen Selbstständigen sich „arm rechnen“, um Steuern zu sparen? Wo bleibt hier der Aufschrei der Empörung?

Eine andere Rechnung: Laut Bundesagentur für Arbeit gibt es hierzulande 27,4 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Voll- und Teilzeit. Davon gelten 1,4 Millionen als „Aufstocker“. Das sind knapp unter fünf Prozent. Und wo bleibt hier der Aufschrei der Empörung?

Die „Aufstocker“ bei Selbstständigen und sozialversicherungspflichtgen Beschäftigten bewegen sich in einem etwa gleichen statistischen Niveau. Ich sehe aber einen signifikanten sachlichen Unterschied: Während den Selbstständigen durch die ALG II / Hartz IV-Aufstockung eine minimale Subvention ihres Kleinstbetriebes zugute kommt (die ich jedenfalls für eine geraume Zeit für gerechtfertigt halte), ist bei den sozialversicherungspflichtigen beschäftigten „Aufstockern“ von einer gigantischen staatlichen Lohnsubvention zugunsten der Unternehmer auszugehen (2009 betrugen diese Subventionen für „Aufstocker“ 11 Milliarden Euro.). Bei „Aufstockern“ wird mit unternehmerischen Geschäftsmodellen hantiert, die sich darauf gründen, den Beschäftigten einen Hungerlohn zu zahlen. Und weil der Hungerlohn zum Leben nicht reicht, sind die eh schon Gedemütigten auch noch zusätzlich dazu verdammt, aufs Amt zu gehen, sich dort abermals demütigen zu lassen, um ergänzend Hilfe zu beantragen.

„Nur Lebenskünstler können auf Dauer von 364 Euro im Monat leben“

Und während den auf staatliche Unterstützung angewiesenen Selbstständigen dazu geraten wird, ihr angeblich nicht funktionierendes Geschäftsmodell zu überdenken, herrscht gegenüber den Hungerlohnzahlern Schweigen im Walde und auf fast allen politischen Bühnen. Lediglich Gewerkschaften, Linkspartei und Wohlfahrtsverbände prangern solche Hungerlöhne an.

Es ist keineswegs so, dass die Jobcenter bei den Betriebsabrechnungen der Selbstständigen überfordert wären. Belege werden da durchaus mehrmals umgedreht. Doch die Mitarbeiter der Jobcenter gehen von einer normierten Arbeitswelt aus und haben Mühe, die Arbeits-

Hartz IV und selbstständig:
Da müsste man schon fliegen können.
Abbildung: Skulptur von Kyung-Jane Kim

wirklichkeit von Selbstständigen zu begreifen. Ich musste z.B. jedes Zeitungsabonnement, jede Quittung, jedes gekaufte Buch, Telefonrechnungen und vieles mehr rechtfertigen und begründen. Und dass man von 4,28 Euro Lebensmittelanteil pro Tag kein anständiges Essen zu sich nehmen kann, muss hier wohl nicht näher erläutert werden. Für die halbjährliche Betriebsabrechnung gibt es einen umfangreichen, vierseitigen Berechnungsbogen und einzelne Posten müssen auf Extrablättern aufgeführt und erläutert werden. Dieses halbjährliche Bürokratiemonster nahm viel Zeit in Anspruch, darüber hinaus musste ich gegen die Aufrechnungsbescheide des Jobcenters regelmäßig Widerspruch einlegen.

Im Laufe der Zeit ist mein kleiner „Laden“ so zusammengekracht, dass ich seit dreieinhalb Monaten komplett auf Hartz IV angewiesen bin. Als 59-jähriger habe ich nun das zweifelhafte Vergnügen, an einer „Maßnahme“ im Rahmen der Initiative „Persektive50plus“ des Bundesarbeitsministeriums teil zu nehmen. An zwei Tagen zu je 7,5 Stunden soll ich nun „durch Feststellung und Verringerung von Vermittlungshemmnissen“ in meiner „beruflichen Integration unterstützt werden“, wie es in der mit dem Jobcenter abgeschlossenen „Eingliederungsvereinbarung“ heißt.

Mit 15 weiteren zwischen 51- und 59-jährigen Frauen und Männern sitze ich nun da, recherchiere im Internet oder in den Stellenanzeigen der Berliner Zeitungen nach nicht vorhandenen Jobs. (Wir legten auch schon zwei Wandertage zum Schlachtensee und in den Botanischen Garten ein.) Wenn ich gerade nicht nach Stellen fahnde, lese ich ausführlich die Internet-Angebote der Printmedien und die Nachdenkseiten oder recherchiere, was mir gerade in den Sinn kommt. Ich weiß inzwischen ziemlich viel über ein Foto aus dem Jahre 1840, auf dem Constanze Mozart zu sehen sein soll. Oder, weil ich gerade einen Krimi gelesen habe, der in der Edelgastronomie und im Bereich des Fooddesign spielt, machte ich mich über alle Facetten von Zusatzstoffen in unseren Lebensmitteln schlau. Irgendwie muss die Zeit ja mit Beschäftigung ausgefüllt werden, um nicht trübsinnig zu werden.

Keiner der drei „Betreuer“ des Maßnahmeträgers und der sporadisch anwesenden zwei Damen vom Jobcenter haben sich je dafür interessiert, was ich alles in meinem bescheidenen journalistischen Leben zu Papier gebracht habe. Zwei Jobangebote habe ich auch schon bekommen: Als Anzeigenvertreter für den Berliner Verlag (ist ja „irgendetwas mit Medien“!) sollte ich anheuern oder für eine Autovermietung für 5,50 Euro Stundenlohn twittern.

Es gibt auch „Erfolge“ zu vermelden: Gerade wurden drei Teilnehmer der Maßnahme zu einer Wachschutzfirma vermittelt und die bewachen künftig für einen Stundenlohn von 6,54 Euro die Neue Nationalgalerie. Das sind „deutsche Karrieren“ im Jahre 2011: vom Hartz IV-Empfänger zum Hungerlöhner, der dann wiederum zum Hartz IV-Aufstocker wird.

„Nur Lebenskünstler können auf Dauer von 364 Euro im Monat leben“, sagte BA-Vizepräsident Heinrich Alt am 29. April des Jahres dem Tagesspiegel. Wo Perspektiven zu einer Arbeit mit einem Lohn zum Überleben erkennbar wären, dazu hat er leider nichts gesagt. ■

Günter Frech ist freiberuflicher Journalist. Sein Beitrag erschien zuerst am 16.Juni 2011 auf den nachdenkseiten.de

Abgeschoben

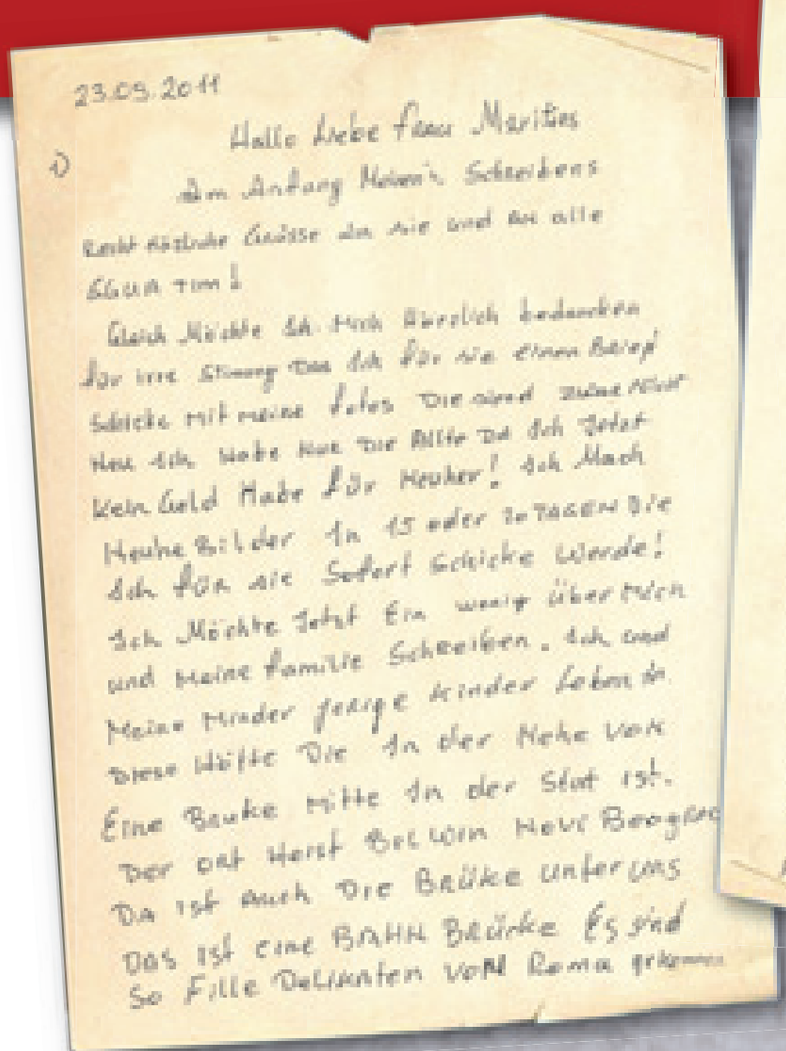
Post aus dem Abgrund

Gerade im Winter erreichen die GGUA* Flüchtlingshilfe in Münster zahlreiche Briefe oder Anrufe von Familien aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, die lange Zeit in Münster gelebt hatten, dann aber abgeschoben wurden oder mehr oder weniger freiwillig zurückgekehrt sind. Die Anfragen haben eines gemeinsam: Sie sind ein Hilferuf, da ein menschenwürdiges Leben in Serbien oder im Kosovo für diese ehemaligen münsterschen Familien nach wie vor kaum möglich ist.

In den Briefen bitten die Familien um Geld für dringend benötigte Medikamente oder auch einfach nur für Brennholz für den Winter. Die Familie Demir steht hier stellvertretend für Viele. Die GGUA hat sich dazu entschieden, einen Spendenaufruf zu starten, um die akute Not dieser früheren Münsteraner vor Ort zumindest ein wenig lindern zu können.

Bitte spenden Sie auf das Konto der GGUA Flüchtlingshilfe, Konto Nr. 304 222 200 bei der Volksbank Münster (BLZ 401 600 50), Stichwort: „Winterhilfe“.

Die Spenden werden durch den serbisch-deutschen Verein „VAKTI“ direkt an die jeweiligen Familien weiter geleitet.



23.09.2011

Hallo liebe Frau Marities

1) Am Anfang Meines Schreibens

Recht herzliche Grüsse an sie und an alle

GGUA Tim!

Gleich Möchte Ich Mich Herzlich bedanken

für ihre Stimmung Das Ich für sie einen Brief

Schicke mit meine Fotos Die wird zeigen Recht

Hier Ich Habe Nur Die Bitte Da Ich Jetzt

Kein Geld Habe für Heuher! Ich Mach

Heute Bilder In 15 oder 20 TAGEN Die

Ich für sie Sofort Schicke Werde!

Ich Möchte Jetzt Ein wenig über Mich

und Meine Familie Schreiben. Ich und

Meine Mutter fünfe Kinder Leben in

diese Hütte Die In der Nähe von

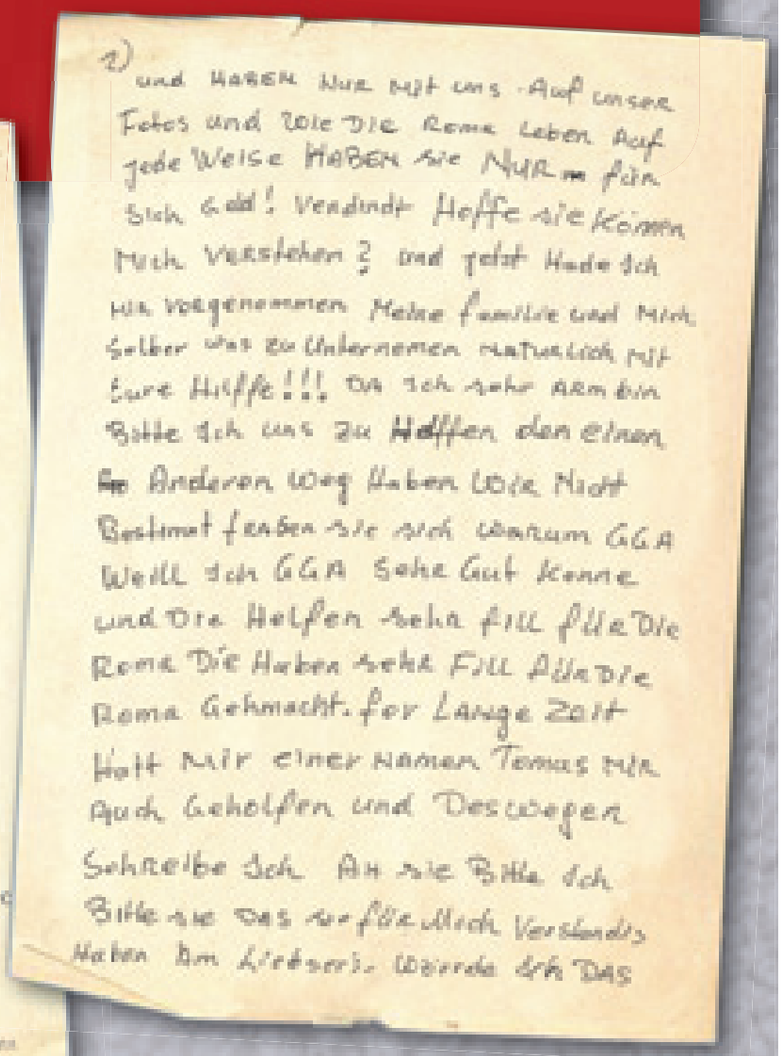
Eine Bauke Mitte In der Stat ist.

Der Ort Heist Belvin Neve Beograd

Da ist Auch Die Brücke unter uns

Das ist eine BAHN Brücke Es sind

So Fille Delikaten von Roma gekommen



2) und Haben Nur mit uns. Auf unsere

Fotos und Wie Die Roma Leben Auf

jede Weise Haben sie Nur für

sich Geld! Verdindt Hoffe sie Können

Mich Verstehen? und jetzt Habe ich

Mir vorgenommen Meine familie und Mich

Selber was zu Unternemen natürlich mit

Eure Hilffe!!! Da ich sehr Arm bin

Bitte ich uns zu Hellfen den einen

Anderen Weg Haben Wie Nicht

Bestimat fragen sie sich warum GGA

Weill ich GGA Sehr Gut Kenne

und Die Helfen Sehr fill fille Die

Roma Die Haben sehr Fill fille Die

Roma Gehmacht. for Lange Zeit

Hatt Mir einer Namen Tomas Mir

Auch Geholfen und Deswegen

Schreibe ich An sie Bitte ich

Bitte sie Das sie für Mich Verständis

Haben Im Liebsten. Würde ich Das

Das sind meine Geschwister

Ich werde Euren Namen genau
alle fotos machen!!
Denn ich werde jetzt Euch
meine Fotos an die Grenzen

Senad ↗ Die leben wie.' Ich werde Euch
Namen Neuer fotos machen Da ich jetzt kein Geld
Habe. Sie kommen
Diesen Monat Oft.

In Dieser Reihe lebe ich

Das sind meine Kinder

Das ist unser Haus da Bombe

und

3) Sie Hir kommen und Sieh Das Alles
Selber Ansehen Dann können Sie Auch
Selber Überzeugen Das Die Rama Hir Nicht
Wer genommen werden Das wegen Rama
Ich um eine Hafe den wir Leben Ohner
Wasser und Ohner Strom und Winter
Kommt Auch jetzt Ich Habe keiner
Halte Hert. Zwei Kinder Gehn in der
Schule Die Mädchen in der 6 und Der junge
In der 5 klasse und eine Mädchen die
ist 17 und Hat Epilepsi und die Mutter
omente sind Hir Teuher. eine kleine
Ekkelin Habe Ich Auch Die ist
Zwei Et Hab-Jahre. Wir Leben von
Bltbabir. Wir Samal sie und Dan
Ferkaufen sie für Eine Tonne 30 $
und Eine Tonne kam für zwei Wochen
Samal nur kommt Das Wasser in die
Person. Wir Hunger Oft. Oft

4) Haben Die Kinder Was gutes zum Essen
den ? Wunsch kann Ich Leider Nicht
Erfüllen Oder Was Schönnes zum
Anziehen kann Ich Auch Nicht
Das Wegen würde Ich einen konto
von mir. in dem Bank tun
Ich Bitte sie uns zu Helfen da sehr
~~Hire~~ Nur ~~Die~~ An Sie ~~Hfen~~ können
wir Danken Herzlich für Ihren Verstand
ist
Ich Bald ~~M~~ Die fotos Heute ~~Habe~~
Schicke schwie An Euch!
Diese fotos sind kopie da ich nicht
die Orginale Schicken kann Ich
warte Auf Eure ~~Amf~~ Antwort
Tschüss An Allegrüsse An GGUA.
Grüsse
Dennis und Das Mädchen
Senad

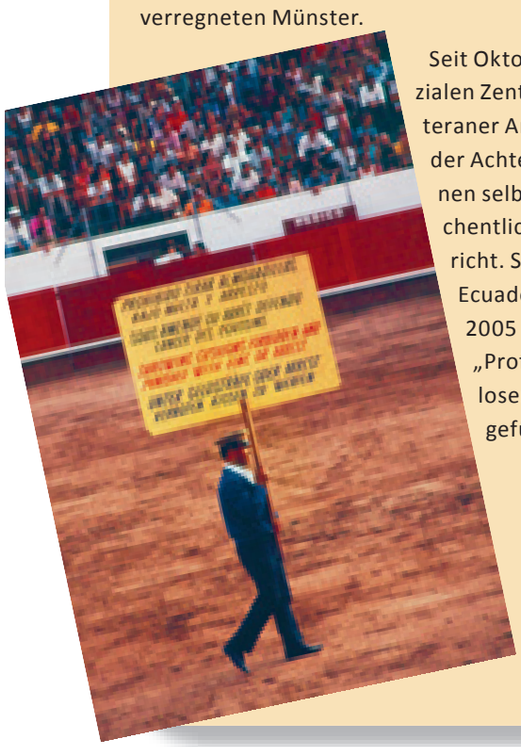
* Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V., Kontakt: GGUA, Südstraße 46, 48153 Münster, Tel. 0251-14486-0, www.ggua.de

Unterricht im Arbeitslosentreff

Seit Oktober 2010 gibt es im MALTA einen selbstorganisierten und kostenlosen Spanisch Kurs

von Peter Bußfeld

Urlaub, Tourismus? Gibt es so etwas denn auch für Arbeitslose? Eine Antwort auf diese Frage müsste korrekterweise „ja und nein“ lauten: Eine langfristige Urlaubsplanung ist für Arbeitslose nicht möglich, kurzfristig kann aber beim Jobcenter ein Antrag auf (eine bis zu dreiwöchige) Ortsabwesenheit gestellt werden. Gibt es eine Genehmigung, dann wird während dieser Abwesenheitszeit sogar der karge Hartz-IV-Satz weiter ausbezahlt. Bekanntlich kann man damit keine großen Sprünge und keine weiten Reisen machen. Ein „Urlaub von der Arbeitslosigkeit“ dürfte auch als „Sprachurlaub“ für die meisten Arbeitslosen ein schöner Traum bleiben. Aber: Spanisch lernen, das kann man als Arbeitsloser nicht nur in Spanisch sprachigen und sonnenverwöhnten Urlaubsgefilden, sondern auch im heimischen und verregneten Münster.



Seit Oktober 2010 gibt es im sozialen Zentrum MALTA („Münsteraner Arbeitslosentreff in der Achtermannstraße“) einen selbst organisierten wöchentlichen Spanisch Unterricht. Sandra Zúniga, die in Ecuador geboren ist und bis 2005 dort gelebt hat, ist die „Profesora“ dieses kostenlosen Angebotes. Mit Feingefühl, Geduld und mitunter auch dem nötigen Nachdruck hilft sie engagiert über die Hürden der spanischen Grammatik und bringt die Teilnehmenden zum Sprechen. In Spanisch natürlich. Auch die Tafel kommt zum Einsatz. Diktate und Textformulierungsaufgaben, vereinfachte Lektüren, Audio- und Video-CDs bis hin zum gemeinsamen Singen in der Fremdsprache – um einen lebendigen Unterricht zu gestalten, lassen sich vielerlei Medien und didaktische Mittel heranziehen. Dazwischen immer wieder der Rückgriff auf das Leitmedium des Kurses: „Caminos neu A1“ aus dem Klett-Verlag. Ein Lehr- und Arbeitsbuch mit Audio-CD, das in 12 Lektionen den Lehrstoff des Niveaus A 1 des Referenzrahmens für Sprachen des Europarats vermittelt. Wie jedes gute Buch zum Spanisch Lernen lebt „Caminos neu A 1“ nicht nur von Grammatik und Vokabeln, sondern gibt nebenbei einen kulturellen Einblick in die spanischsprachige Welt. Jedoch: Obwohl etwa in Spanien die Arbeitslosenquote im Oktober 2011 einen offiziellen Stand von 21,5 % erreicht hat, finden sich Arbeitslose nicht in den Caminos-Dialogen (wieder). Dafür werden die Lernenden immer wieder aufgefordert, in der Fremdsprache von den täglichen Erlebnissen in Job oder in Selbstständigkeit zu berichten. Auch nach einer Lektion „En la oficina de empleo“ (übersetzt etwa: „Im Jobcenter“) sucht man vergeblich. Das Lehrbuch unterscheidet sich in der Ausblendung des Komplexes der Entstehung einer immer breiter werdenden Schicht von Menschen, die zur Kapitalverwertung nicht mehr benötigt werden, die arbeitslos und systemisch „überflüssig“ gemacht werden, nicht vom herrschenden Diskurs in der Gesellschaft. Und diese, dreht hier nur noch am Rad, nach dem Motto: „Augen zu und durch“!

Da ist es gut, dass es für arbeitslose Spanisch Lernende ein kostenloses und selbstorganisiertes Kursangebot gibt. Treff ist immer montags von 17:30 bis 20:00 Uhr im MALTA (Achtermannstraße 10, 48143 Münster, direkt im Hof des cuba). NeueinsteigerInnen sind jederzeit herzlich willkommen. ¡Bienvenidos al mundo del español en nuestro curso!

Spanisch – das ist global die Muttersprache von fast 400 Millionen Menschen. Gesprochen wird Spanisch als Amts- oder Verkehrssprache nicht nur in Spanien, sondern auch in den meisten Ländern Mittel- und Südamerikas, in den USA, auf den Philippinen sowie auf dem afrikanischen Kontinent in Marokko und Äquatorialguinea. In unseren Breitengraden kommen viele Menschen mit der spanischen Sprache zum ersten Mal im Urlaub in Berührung, etwa in den Touristenhochburgen Mallorcas oder auf den kanarischen Inseln.

Protokoll einer Ämterbegleitung

Die MitarbeiterInnen des Malta bieten einen kostenlosen Begleitservice ins Amt an. Dieser soll dazu dienen, gegebenenfalls Konfliktsituationen zu entschärfen, allgemein das Gefühl des Alleinseins zu vermeiden, idealerweise Interessensausgleich zu moderieren.

von Beate Haehn

Akten, Akten, Akten...

Freitag 11:15, Herr K. und ich haben uns vor dem Jobcenter verabredet. Vor einigen Tagen kam Herr K. zu uns ins Malta und bat um eine Ämterbegleitung. Er legte die Einladung vom Jobcenter vor und machte dabei einen nervösen und angespannten Eindruck. „Ich habe wirklich kein gutes Gefühl bei diesem Termin“, sagte er. „Die Frau Fallmanagerin weiß doch, dass ich diesen Unfall hatte und jetzt will sie über meine berufliche Situation sprechen“. Es war ihm anzusehen, dass der Termin ihn unter Druck setzte.

Herr K. ist krank, er hatte einen Arbeitsunfall. Viele Male wurde er von Ärzten untersucht, und es wurde bei der Berufsgenossenschaft eine Reha beantragt. Herr K. ist verunsichert, da sich die Berufsgenossenschaften Münster und Düsseldorf in seinem Fall um Zuständigkeiten streiten. Er fühlt sich wie in einem Vakuum.

11:30: Jetzt befinden wir uns in der 1. Etage im Wartareal. Die Tür zu den Büroräumen ist verschlossen. Nach einigen Minuten schaut eine Frau durch die Glastür und öffnet sie. „Guten Tag!“, sagt sie. „Herr K. ?“- „Ja guten Tag!“- „Und wer sind Sie?“ Die Frau Fallmanagerin schaut mich an. Ich stelle mich vor und sage, dass ich Herrn K. bei diesem Gespräch begleite.

Wir sitzen an einem fast runden Tisch. Frau Fallmanagerin fragt Herrn K., wie es ihm geht. Er erwidert, dass es ihm nicht gut gehe und er auf eine Nachricht von der Berufsgenossenschaft warte.

Ich frage die Frau Fallmanagerin, welche Ziele sie jetzt mit Herrn K. verfolge. „Ich will Herrn K. helfen, wieder in Arbeit zu kommen.“ „Ja, dazu müsste ich erst einmal gesund werden“, warf er ein, „wie sieht es denn mit einem Termin bei einem Amtsarzt aus?“ „Ein ärztliches Gutachten anzufordern macht doch keinen Sinn, Herr K.!“, meinte Frau Fallmanagerin.

„Hm“, meinte ich und wiederholte, Herr K. müsse erst mal gesund werden. „Und die Reha ist bei der Berufsgenossenschaft ja auch schon beantragt“. Herr K.: “Ich werde von einem Amt zum anderen geschoben, und das Jobcenter kann erst beurteilen, ob ich für den Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung stehe, wenn ich einen Termin bei einem Arzt des Jobcenters bekomme.“ Frau Fallmanagerin schaute uns beide an und erwiderte: „Ja, stimmt!“

Als wir das Büro der Fallmanagerin verließen, hatte Herr K. das Formular für eine amtsärztliche Untersuchung in der Hand! ■

Kid's Area

Im Namen von Dino, Schokokeks und Yu-Gi-Oh !

von Udo von Mach

Das ist Eure Seite. Keine Mamaseite. Keine Papaseite.
Für alles außer Schule (ansonsten superwichtig), Bildungspaket (Nachhilfelehrer im Postpaket oder was?)
und gesunde Ernährung. Hier gilt: Hartz 4 und trotzdem nicht aufgeräumt...

Für alle Spielkinder ...

dank Sperre mit Gewinn in´s neue Jahr

So geht´s:
Foto anschauen – Frage lesen – Beantworten !

Frage: Welcher tierisch prominente Münsteraner bereitet sich am Prinzipalmarkt auf seine Welttournee vor? Tipp: Er hat ein X im Namen.

Was ist der Gewinn: Ein Einkaufsgutschein über 30 Euro gespendet von Münsters ungewöhnlichem Kinderkaufhaus.

Und nun geht´s los:

Per Post (Redaktion Sperre, Berliner Platz 8, 48143 Münster) oder E-Mail (sperre@muenster.de) antworten – bitte bis zum 29.02.2012 und mit Stichwort „Neujahrs-Spiel“ - aus allen richtigen Antworten werden wir dann den Gewinn verlosen.

Quergelesen, reingeclickt und ohne Schummeln testgespielt

Für die etwas älteren Spielkinder ...

Diesmal: Quergelesen...
„Vladimir Tod hat Blut geleckt“ aus dem Loewe-Verlag

Inhalt: Der erste Eindruck. Das kenn ich schon. Irgendwas mit Highschool und Vampir-Story. Vladimir Tod ist der Held. Abgesehen von seinem massiven SunBlocker-Verbrauch und den üblichen kleinen Unannehmlichkeiten des Vampirdaseins führt er ein recht geregeltes Schülerleben. Seine Eltern sind bei einem Brandunfall verstorben. So lebt er wohlbehütet bei seiner Tante Nelly.

Doch eines Tages verschwindet sein Lieblingslehrer Craig. Als Ersatz erscheint Mr. Otis, der ihn prompt zu einem Referat über Vampire verpflichtet. Dafür ist eine mehr oder weniger umfangreiche Recherche nötig. Diese führt Vladimir zu einem dicken Buch aus dem Besitz seiner Eltern. Darin entdeckt er eine Nachricht von seinem Vater, die ihn auf den Gedanken bringt, der Brandunfall seiner Eltern sei eben kein Unfall.

Von nun an überstürzen sich die Ereignisse. Denn Mr. Otis scheint mehr zu sein als nur ein Ersatzlehrer. Viel mehr. Als wäre die Situation damit nicht verworren, spürt ihm plötzlich noch ein gewisser D`Ablo hinterher. Als dann Tante Nelly verschwindet, kann man gar nicht anders, als das Buch ratzfatz weiterzulesen.

Meine Meinung: O.K. - ich mag dieses Genre. Highschool, Vampire, Twilight, Vampire Desires – immer gut für eine mysteriöse Geschichte. Dazu ein Prise Humor und Szenenapplaus für Tante Nelly, Spezialistin für heiße Blutsuppe oder Sandwiches mit Miniblut gespickt.

Nicht gut: Die Story entwickelt sich im Schneckentempo, dafür wird man vom Ende völlig eingewickelt. Klarer Pluspunkt: Der Verlag hat beim Layout mal nachgedacht.. Punk-Style-Cover statt Vampir-Bild-Klischees, schwarz gekennzeichnete Absätze ...

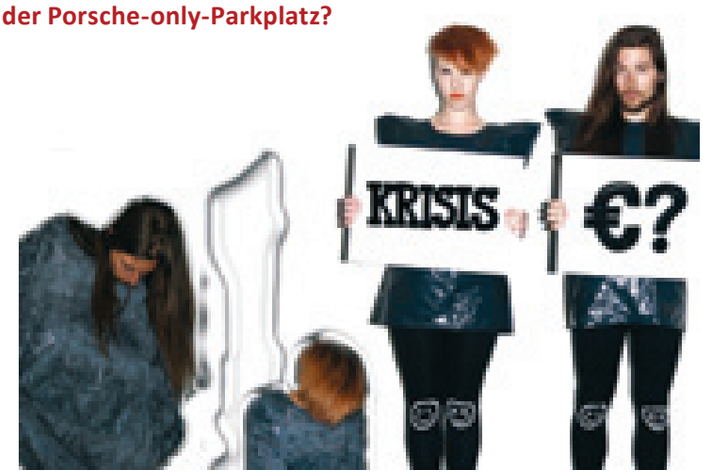
Also: Querlest mal rein. Das gilt übrigens nicht nur für Jungs, sondern auch für Mädchen.

Arbeit, Arbeit, Arbeit…? Pardon, es gibt sie doch noch – die angenehmen Seiten des Lebens. Mode, Design, die Welt der Stars und Sternchen nebst dem ganz normalen positiven Schwachsinn auf dieser Welt. Schließlich gilt auch für unsereins: Wo ist der Porsche-only-Parkplatz? Hier die ersten Suchergebnisse:

von Udo von Mach

STYLISCH MIT STÜTZE

Flimmerkiste an, teuer-contra-billig-Vergleich angeschaut … das allgemeine Krisen-Gemurmel inhaliert … Gehirn eingeschaltet … Ergebnis: Da passiert was im Bereich Luxusmode. Scharfsinnig erkannt haben das zwei Designer aus Holland. Ihre These: Die Krise braucht Mode für die Krise. Mit Designanspruch, nicht einfach nur Kik&Co. Das Luxus-Moden-Krisen-Konzept: Die Kleidungsstücke sind universell für Frauen und Männer entwickelt. Ein Mantel oder Hose reicht also für eine Bedarfsgemeinschaft. Zudem sind die Stücke multifunktional. Man kann sie umdrehen, Ärmel an-oder abzippen. Aus Jacke wird Weste – oder umgekehrt. Spart übrigens auch Platz im Kleiderschrank (schließlich gibt es Platzobergrenzen in unseren Penthouse-Wohnungen).



Dazu die Meinung der völlig unbekannten Stylingexpertin Laetitia Götterspeise: Konzeptansatz clever, gottlob ohne Weltverbesserungs-Attitüde. Très chic – eine Frage des eigenen Geschmacks? Nun ja, radfahr-tauglich sind die Teile gewiss nicht. Link: www.nieuwyurk.com

WAS DER ARBEITSLOSE NICHT BRAUCHT …

Er braucht nicht: Eine Hüpfburg. Er braucht: einen Türvorleger.

Denn wenn das Amt zweimal klingelt, da zählt der erste Eindruck. Lernen wir schließlich im Bewerbungsseminar. Der erste Eindruck zählt – zweifelsohne ist das nun mal der Türvorleger (von der Türklingel sehen wir mal ab). Damit es mit diesem ersten Eindruck auch richtig gut klappt, schließlich haben wir uns ja mit der Lebenslaufaufhübschung schon so vielen Strapazen unterzogen, hier richtig wichtige Infos – was geht, was nicht, wo lauern versteckte Gefahren, gibt es Alternativen?

Design

Türvorleger kommunizieren. Die Zeit der grau-braunen Kokosmatten ist vorbei. Heute ist die Auswahl (welch Glück für uns) groß und fein und einfach einzukaufen. Wähle aus dem Riesenangebot am Markt Dein Design von nett über böse zu lustig. Wähle zwischen billig und teuer (Edelstahl oder mit Sprachmodul).

Schalte aber auch den Kopf ein (auch wenn RTL 2 meint, wir hätten keinen – ich habe zwei – zapp mich weg). Denn es gibt durchaus Gefahren bei der Designauswahl. Luxus-Matten könnten als Vermögen angerechnet werden. Eine Matte mit der Aufschrift Just Married – das gibt Diskussionen beim Thema Bedarfsgemeinschaft. Tipp am Rande: Möchtest Du auf Nummer sicher gehen und individuell-dynamisch-jobflott und geistig fit erscheinen – eine individuelle Gestaltung ist kein Problem. Mymat.de, dreckstueckchen.de machen das schon, eine große Auswahl findest Du bei Peterpanpalast.de

Zustand und Lage

Saubere Matte, dreckige Matte, verknitterte Matte – spricht für sich selbst. Bewerbungsmappe mit Knick und Fleck – das ist wohl nix. Vorsicht bei Baustellendreck – Schwarzarbeit? Auch nicht gut: eine zu saubere Matte. Putzfimmel? Zu viel Zeit – warum nicht für Bewerbungen nutzen? Steht man dann noch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung? Natürlich sorgen wir stündlich für einen einwandfreien Sitz. Die Matte sollte immer schön rechtwinklig ausgerichtet sein. Merke: wer einen geregelten Tagesablauf hat, der hat auch eine geregelte Matte.

Alternativen

Gar keine Matte. Schließlich haben wir kein Geld für Überflüssiges. Zeitungspapier tut´s auch. Oder so eine kleine Tischmatte, die haben wir noch übrig vom Küchentisch. Die ist zwar nicht Schmutz abweisend, macht aber nichts, schließlich besucht uns sowieso keiner mehr, seit wir kein Geld mehr für Theater und Operette haben. Tricky ist auch, mal ganz woanders zu schauen. So eine Fußmatte aus dem Autozubehör, gerne im DTM-Style, ist nicht uncool. ■

Balko Klattmor im Schweineland

von Arnold Voskamp

Balko Klattmor hat einen Dauerschaden an seinen Knochen und darum seine Arbeit verloren. Er kann nicht mehr schwer heben und verträgt auch nicht Kälte oder eine zugige Arbeitsstelle. Von seiner Arbeitsvermittlerin im Amt hat er kaum Arbeitsangebote erhalten. Darum überlegt er, es mit einem gewerblichen Arbeitsvermittler zu versuchen. Das Jobcenter in seiner Stadt stellt ihm einen Vermittlungsgutschein aus, er gibt ihn bei der Vermittlungsfirma A ab. Balko unterschreibt

einen Vertrag mit der Firma A. Darin steht auch ein Satz, wonach er eine Gebühr von 1000 Euro bezahlt, wenn er eine angetretene Arbeit abbricht und die Firma kein Honorar vom Jobcenter erhält.

Nach einiger Zeit schickt ihm die A GmbH ein Arbeitsangebot. Es geht um eine Stelle bei dem Personalverleiher G. Inhaltlich ist die Arbeit nicht näher beschrieben. Balko geht also zur Firma G. Dort legt man ihm einen Arbeitsvertrag vor. Balko soll sofort unterschreiben und in drei Tagen anfangen. Er erhält kaum Auskünfte über die Stelle und hat auch keine Zeit zum Überlegen. Der Personaldisponent hat keine Zeit und will ihm keine weiteren Auskünfte geben. Balko soll ja oder nein sagen. Balko fühlt sich unter Druck endlich Arbeit zu finden, also unterschreibt er.

Zuhause liest er sich den Vertrag in Ruhe durch und merkt, dass die Arbeit nichts für ihn ist. Er soll im Kühlhaus einer Schlachterei Fleischprodukte verpacken – Münsterland ist Schweineland: mehr Borstenviecher als Menschen. Das geht für Balko nicht, er kann ja nur im Warmen arbeiten und kann nicht schwer heben. Also sagt er bei der Firma G und bei der Firma A Bescheid, dass er das nicht machen kann und etwas anderes braucht, das seinen gesundheitlichen Bedingungen entspricht.

Die Vermittlungsfirma A meldet Balkos Vertragskündigung an das Jobcenter. Dieses schickt Balko umgehend einen Sanktionsbescheid zur Kürzung seines Alg II. Außerdem schreibt ihm die Firma A einen Brief, er solle 1000 Euro Vermittlungsgebühr bezahlen.

Balko Klattmor fragt sich, was ihm da passiert ist. Er wollte doch nur Arbeit haben und alles dafür tun. Er fühlt sich nicht ausreichend beraten und betreut. Eigentlich war doch bekannt, was er arbeiten kann. Drei Vermittlungsstellen waren zwischen ihm und der angebotenen Arbeit dazwischengeschaltet. Alle verdienen damit ihr Geld. Und heraus kommt etwas, was gar nicht geht. Zur Krönung des Ganzen soll er mehrfach dafür zahlen. Natürlich geht Balko dagegen vor. Das kann doch nicht rechtens sein.

Balko Klattmor ist eine Kunstfigur,
die Geschichte von und um ihn ist wahr. ■

NachDenkSeiten.de
Die kritische Website

Norbert Nicoll - Hat die Zukunft eine Wirtschaft?

Eine Buchbesprechung über die wirtschaftliche Situation in Krisenzeiten

von Arnold Voskamp

Der Titel ist schon eine Provokation, ist auch so gemeint: Eine Zukunft wird es auf jeden Fall geben, aber die Zweifel daran, dass unsere Wirtschaft oder dass Wirtschaft überhaupt zu dieser Zukunft dazugehört, diese Zweifel wachsen in diesen Tagen deutlich an.

Ein durchschnittlicher Euro wird zurzeit 25 mal in Spekulationsgeschäften bewegt, bevor er 1 mal zum Kauf von Waren oder Dienstleistungen eingesetzt wird. Der Gütermarkt gibt nicht genug Verzinsung her, darum investieren die Privaten nicht mehr in die Produktion, sondern in Geldgeschäfte. Da kann der Staat den Banken so viel Geld anbieten, wie er mag, das Geld wird nicht in die Produktion von Gütern und Diensten gesteckt.

Norbert Nicoll ist Belgier, da wird er aktuell viel geboten kriegen. Eigentlich hätte sein Land seit mehr als einem Jahr gar keine handlungsfähige Regierung mehr, haben wir gedacht. Aber vier Milliarden Euro Soforthilfe und 50 Milliarden Garantien für faule Wertpapiere hat der angeblich nicht regierbare Staat innerhalb von ein paar Tagen noch zusammenkratzen können, um einer Großbank und damit dem Geldsystem unter die Arme zu greifen.

Norbert Nicolls Buch ist ein Kompendium verschiedener Krisentheorien. Die Grenzen einer rentablen Verwertung sind so nahe, dass selbst bürgerliche Meinungsführer plötzlich ihren Marx entdecken.

Karl Marx sah eine Gesetzmäßigkeit im Kapitalismus (man darf die Namen Marx und Kapitalismus wieder aussprechen) immer weiter in die Krise zu gehen. Das Kapital wirft nicht so viel ab, wie die Kapitalbesitzer sich das mal gewünscht haben. Aber der technische Fortschritt schafft aufwendigere Produktionsmittel: das alles will erst mal verdient sein einschließlich einer angemessenen Verzinsung. Zwar sind bei uns in den letzten 10 Jahren die Reallöhne gesunken, so dass dieser Teil der Gesamtkosten noch etwas hergegeben hat für die Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Aber das Kapital scheut zunehmend die Investition in die Produktion.

Marx ist nur einer der Krisentheoretiker, denen Nicoll sich widmet. Vor vierzig Jahren hat der Club of Rome die ökologischen Grenzen des Wachstums in die Diskussion eingeführt. Nicoll nimmt Konsumtheorien auf. Er beschreibt ebenso die Mechanismen und den zunehmenden Vorrang des Finanzkapitals, um der Begrenztheit des Kapitalismus von verschiedenen Seiten näher zu kommen. In „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“ von Altvater findet er Theorien zu den stofflichen, materiellen Bedingungen im Aufstieg des industriellen Kapitalismus und in seinem Niedergang: nämlich die Verfügbarkeit und Anwendung fossiler Energien.

Bedrohlich wirken Expertisen der Staatsgewalt über die Wirkungen der Knappheit und die Konkurrenz um die fossilen Energien – etwa aus der amerikanischen Regierung oder aus der Bundeswehr – und die unfriedlichen Aussichten aufgrund der wirtschaftlichen Krisen.

Die vielfältigen Krisentheorie-Ansätze reißt Nicoll natürlich eher an, als dass er sie grundlegend aufbereitet. Mit seinem umfangreichen Literaturverzeichnis und einem Lexikon der Fachbegriffe bietet er differenzierte Zugänge zum Verständnis der ökonomischen Krise und Ansätze für neue Wege des Denkens.

Die Krise ist fundamental, aber Norbert Nicoll entlässt uns nicht ohne einen sehr großen Appell an unseren Optimismus, unsere Leidenschaft, unseren Mut und unsere Güte. ■

TIPPS, KURZBERICHTE UND MELDUNGEN

Schriftliche Frage an die Bundesregierung zu Personalausweisgebühren

Frage

Welcher Personenkreis ist nach Ansicht der Bundesregierung im Sinne von § 1 Absatz 6 der Verordnung über Gebühren für Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgebührenverordnung - PAuswGebV) als bedürftig anzusehen und damit von den Gebühren zu befreien bzw. nur mit ermäßigten Gebühren zu belasten und in welcher Form gedenkt sie einen Ausgleich für den Personenkreis der SGB-II–Empfänger zu leisten, welche schon heute eines neuen Personalausweises bedürfen, jedoch nach den Änderungen des Regelbedarfs im Januar 2011 mit der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgabe für den Personalausweis von 0,25 € im Monat bisher lediglich 2,50 € der erforderlichen 22,80 € bzw. 28,20 € ansparen konnten?

Maria Klein-Schmeink, Bundestagsabgeordnete

Antwort

Entsprechend der Verordnungsbegründung zu § 1 Absatz 6 der Personalausweisgebührenordnung ist eine Gebührenermäßigung oder -befreiung zugunsten Bedürftiger zulässig. Die antragstellende Person hat hierbei die Bedürftigkeit substantiiert darzulegen. Bedürftig ist eine Person, wenn sie Anspruch auf Sozialhilfe nach dem zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder auf Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) hat oder der Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) in der Kriegsopferfürsorge erhält. Gleiches gilt auch für den Fall, dass die antragstellende Person höchstens Einkünfte in dieser Höhe hat.

Eine Gebührenermäßigung oder eine Gebührenbefreiung kann aber zumindest dann entfallen, wenn die Kosten durch andere Sozialleistungen, die der Bedürftige vom Staat erhält, abgedeckt sind.

Mit der Neuregelung der Regelbedarfe nach § 28 SGB XII sind die Ausweisgebühren mit in die in der Berechnung der Regelsätze eingeflossen, sodass eine Gebührenermäßigung oder -befreiung nicht mehr zwingend gegeben, aber deshalb noch nicht gänzlich ausgeschlossen ist.

Ob und wie weit eine Gebührenermäßigung oder -befreiung für die antragstellende Person in Betracht kommt – insbesondere in den Fällen, in denen bedürftige Personen erst einen Teil der Personalausweisgebühr ansparen konnten – unterliegt einer im pflichtgemäßen Ermessen durchgeführten Prüfung durch die Personalausweisbehörden, da die Ausführung des Personalausweisrechts durch die Länder bzw. Kommunen erfolgt.

Anschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Regelgebühr für den Personalausweis 28,80€ und nicht 28,20€ beträgt.

Dr. Ole Schröder, Bundesministerium des Innern (28.10.2011)

Neues Lied zum alten Leid Minijob
Foto: Rainer Wunderlich

Minijobber bessergestellt

Arbeitnehmer mit einem Minijob sollen künftig bis zu 450 Euro statt wie bisher 400 Euro verdienen dürfen. Darauf haben sich Union und FDP am Freitag in Berlin verständigt. Nach Angaben des stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Kolb wird damit der mögliche Verdienst in einem Minijob erstmals seit 2003 angehoben. Die Anhebung sei ein Beitrag zum Inflationsausgleich, sagte Kolb. In einem Minijob soll man künftig 850 Euro statt, wie bisher, 800 Euro im Monat verdienen können. Die Koalitionsfraktionen beschlossen außerdem, dass Minijobber durch eigene Einzahlungen ihre Rentenansprüche verbessern und die Riester-Förderung in Anspruch nehmen können. Wer das nicht will oder kann, ist dazu aber nicht verpflichtet.

(Epd)

Förderung der beruflichen Weiterbildung für Beschäftigte

Beschäftigte in Deutschland bilden sich zu wenig weiter, verglichen mit den europäischen Nachbarn. Also hat die Bundesbildungsministerin 2009 mit großem Bohei ein Förderprogramm "Bildungsprämie" gestartet, Laufzeit bis 30.11.2011. Jetzt ist 30.11.11, und nun? Die bis 30.11.11 ausgestellten Bildungsgutscheine werden noch eingelöst, danach ist Schluss. Die Beschäftigten in Deutschland sind jetzt genug weitergebildet, findet die Bundesregierung.

Das Land NRW gibt den Bildungsscheck heraus, auch er soll berufliche Weiterbildung von Beschäftigten fördern, speziell - das ist neu - von denen mit unsicheren Beschäftigungschancen. Näheres siehe www.bildungsscheck.nrw.de.

Auch die Arbeitsagentur fördert die Weiterbildung von Beschäftigten, nämlich von denen über 45 Jahren und von denen ohne Berufsausbildung. Ein ergänzendes Programm startet im April 2012, dann können auch ausgebildete Beschäftigte unter 45 einen Weiterbil-

dungszuschuss erhalten, wenn der Arbeitgeber mindestens die Hälfte davon bezahlt.

Die Programme ändern sich von Zeit zu Zeit, darum sind breitere Übersichten schnell überholt. Einen recht neuen Überblick darüber, wie berufliche Weiterbildung im Münsterland gefördert wird, stellt die Regionalagentur Münsterland vor. (avo)

Betriebliches Praktikum für Arbeitslose demnächst länger möglich

Um Praktika für Arbeitslose gibt es viele Diskussionen („Generation Praktikum"). Einerseits gibt es Betriebe, die sich an unbezahlter Arbeit gütlich tun oder zumindest sich damit über Wasser halten, den (knappen) Lebensunterhalt der Praktikanten zahlt das zuständige Arbeitsamt. Jedoch gibt es auch andere Arbeitgeber, bei denen Arbeitslose über ein betriebliches Praktikum zur Festeinstellung kommen. Praktika gelten als recht erfolgreiche Förderungen zum Wiedereinstieg. Bislang ist das einzelne Praktikum allerdings strikt auf vier Wochen beschränkt – um die Mitnahmeeffekte der Betriebe zu begrenzen. Das wird ab April 2012 verlängert: Beim Arbeitslosengeld (Arbeitsagentur) bis zu sechs Wochen, beim Arbeitslosengeld II (Hartz IV, Jobcenter) auf maximal 12 Wochen. (avo)

Jetzt Pfändungsschutzkonten einrichten

Bislang sind Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld I und II, Kindergeld oder Renten bis zu vierzehn Tage nach Geldeingang auf einem Konto unpfändbar und können deshalb auch nicht von der Bank oder Sparkasse für eigene Forderungen einbehalten werden, wenn beispielsweise das Girokonto überzogen ist. Dieser 14-tägige gesetzliche Pfändungsschutz von Sozialleistungen fällt zum 1. Januar 2012 weg.

Die Agentur für Arbeit Münster rät daher allen Kunden, deren Konto gepfändet ist, sich rechtzeitig vor dem Jahresende 2011 darum zu kümmern, das bestehende Konto in ein sogenanntes Pfändungsschutzkonto umwandeln zu lassen. Durch eine Umwandlung wird automatisch ein Grundfreibetrag in Höhe von 1.028,89 Euro geschützt. Der persönliche Freibetrag kann unter Umständen noch höher ausfallen. Die Umwandlung in ein Pfändungsschutzkonto erfolgt auf Antrag durch die kontoführende Bank.

Wird das Konto nicht rechtzeitig in ein Pfändungsschutzkonto umgewandelt, besteht für Leistungsbezieher die Gefahr, dass zum Jahresanfang nicht über eingegangene Geldleistungen, wie zum Beispiel das Arbeitslosengeld I, verfügt werden kann. Die Bank ist dann nämlich verpflichtet, das gesamte Guthaben und zukünftige Geldeingänge komplett an den pfändenden Gläubiger zu überweisen.

Agentur für Arbeit Münster, Pressestelle

Umstellung auf P-Konto ein Muss

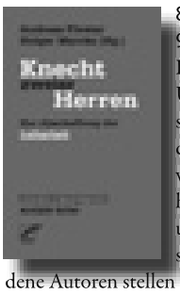
Wenn gepfändete Girokonten nicht bis Ende Dezember in Pfändungsschutz-Konten (P-Konto) umgewandelt werden, ist mit dem Jahreswechsel jeder Pfändungsschutz futsch. „Der Schutz für Kontoguthaben und auch der Verrechnungsschutz für Sozialleistungen und Kindergeld wird künftig nur noch auf dem P-Konto gewährt. Schuldner müssen schnell selbst aktiv werden, wenn sie Unpfändbares aus Einkommen, Renten oder Sozialleistungen vor dem Zugriff der Gläubiger schützen wollen", rät die Verbraucherzentrale NRW Kontoinhabern dringend. „Bis spätestens 27. Dezember muss das P-Konto beantragt sein, damit das Existenzminimum auch im Januar 2012 gesichert ist." Für die Umstellung gibt die Verbraucherzentrale NRW folgende Tipps mit auf den Weg:

P-Konto ein Muss: Ab dem 1. Januar 2012 kann ein Kontoguthaben im Fall einer Pfändung nur noch auf einem P-Konto geschützt werden: Weil auch der bisherige besondere Schutz von Sozialleistungen wegfällt, sind selbst diese dann auf normalen Girokonten uneingeschränkt pfändbar und können – auch ohne Pfändung – mit den roten Zahlen verrechnet werden. Wer in diesen Fällen also nicht bis Dezember sein normales Girokonto in ein P-Konto umgewandelt hat, steht Anfang Januar ohne ▶

Andreas Förster & Holger Marcks (Hg.)

Knecht zweier Herren

Zur Abschaffung der Leiharbeit



80 Seiten | 7,80
978-3-89771-104-4

Der Band gibt einen Überblick über die Geschichte und Entwicklung der Leiharbeit, von den verruchten Anfängen bis hin zur Normalisierung unter sozialdemokratischer Führung. Verschiedene Autoren stellen die Besonderheiten dieser Form der Lohnarbeit dar, ihre individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen sowie deren ökonomische Bedeutung. Abschließend wird auf Ansätze und Möglichkeiten des Widerstands eingegangen.

Norbert Nicoll

Hat die Zukunft eine Wirtschaft ?

Das Ende des Wachstums,
und die kommenden Krisen

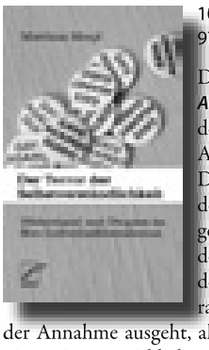
180 Seiten | 14,00 Euro | 978-3-89771-512-7

Ständiges Wachstum ist in einer endlichen Welt mit endlichen Ressourcen unmöglich. Klimawandel, Artensterben und die Erschöpfung wichtiger Rohstoffe werfen schon bald gehörig Sand in die Wachstumsmaschinerie und stellen grundsätzlich die Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus infrage.

Matthias Mergl

Der Terror der Selbstverständlichkeit

Widerstand und Utopien im
Neo-Individualliberalismus



108 Seiten | 9,80 Euro
978-3-89771-507-3

Die Kunstaktion ***GAYS AGAINST GUIDO*** mit der schwule und queere Aktivist_innen dem Dekadenzpopulismus des Außenministers begegnen, ist geboren aus dem Widerstand gegen den neo-individualliberalen Konsens, der von der Annahme ausgeht, alle Emanzipationsutopien seien verwirklicht und kollektive Interessen hätten sich deswegen erledigt.

***UNRAST* Verlag**
Postfach 8020 | 48043 Münster
kontakt@unrast-verlag.de

TIPPS, KURZBERICHTE UND MELDUNGEN

Geld da. Wichtig: Auch alte gerichtliche Freigabebeschlüsse für das normale Konto werden voraussichtlich ihre Wirkung verlieren – das bedeutet auch hier: Umwandlung in ein P-Konto noch im Dezember.

Nur auf Antrag: Schuldner müssen zur Einrichtung des P-Kontos selbst aktiv werden. Entweder wird ein neues Konto gleich als P-Konto eingerichtet oder das bestehende Girokonto in ein Pfändungsschutzkonto umgewandelt. Hierzu muss ein entsprechender Antrag bei der Bank gestellt werden. Achtung: Jede Person darf aber insgesamt nur ein P-Konto führen. Tipp: Sicherheitshalber sollte vor der Umwandlung vollständig über das vorhandene Guthaben auf dem Konto verfügt werden.

Konten mit roten Zahlen: Auch wenn das Konto im Minus ist, kann es in ein P-Konto umgewandelt werden. Denn nur hier sind Sozialleistungen für 14 Tage vor der Verrechnung der Bank mit dem Minus geschützt. Ansonsten gilt – auch auf dem P-Konto: Kreditinstitute können alle Geldeingänge zunächst mit dem Minus verrechnen. Kontoinhaber haben also praktisch keinen Schutz, bis das Konto wieder im Plus ist. Hier empfiehlt es sich, mit der Bank eine Rückzahlungsregelung zu treffen.

Recht auf Umwandlung: Per Gesetz sind Banken und Sparkassen verpflichtet, das Girokonto innerhalb von vier Tagen nach Antragstellung in ein P-Konto umzuwandeln. Wichtig: Es gibt nur ein Recht auf Umwandlung eines bestehenden Kontos. Ein grundsätzliches Recht auf Einrichtung eines Girokontos gibt es jedoch nicht.

Automatischer Schutz und erhöhte Freibeträge: Das P-Konto ist ein Girokonto, das dem normalen Zahlungsverkehr dient, bei Kontopfändung jedoch einen unbürokratischen Schutz vor dem Zugriff der Gläubiger für Guthaben in Höhe von 1.028,89 Euro (Grundfreibetrag) bietet. Darüber hinaus können auf dem P-Konto höhere Freibeträge per Bescheinigung durch z. B. Sozialleistungsträger, Familienkassen, Arbeitgeber und die anerkannten Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen geschützt werden, wenn der Kontoinhaber gesetzlichen Unterhaltspflichten nachkommt oder Sozialleistungen für Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft entgegennimmt. Auf gleichem Weg lassen sich auch weitere Freibeträge etwa für Kindergeld, einmalige Sozialleistungen oder bestimmte Mehrbedarfe für den Ausgleich von Körper- und Gesundheitsschäden auf dem P-Konto schützen. Wichtig: Kontoinhaber müssen selbst aktiv werden, um die Bescheinigungen zu besorgen und diese dann bei ihrer Bank vorlegen. Übrigens: Wenn die Freibeträge per Bescheinigung nicht ausreichen, um den tatsächlich unpfändbaren Betrag zu schützen, kann ein zusätzlicher Antrag bei Gericht (oder der vollstreckenden Stelle) gestellt werden.

Entgelte und Leistungen: Kreditinstitute dürfen fürs P-Konto keine höheren Entgelte verlangen als für das Führen eines „normalen" Gehaltskontos. Natürlich dürfen auch keine Entgelte für die Umstellung selbst verlangt werden. Auch sollte das P-Konto alle üblichen Bankleistungen einschließen; Einschränkungen wie zum Beispiel „keine Lastschriften möglich" sind nach Auffassung der Verbraucherzentrale NRW unzulässig. Allerdings: Ausgenommen vom Gleichheitsprinzip sind Bankdienstleistungen, die Bonität voraussetzen. So könnten P-Konto-Inhabern beispielsweise Kreditkarten verwehrt werden."

Mehr Informationen: www.vz-nrw.de/p-konto, Verbraucherzentrale NRW

Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial: 8,4 Millionen Personen wünschen sich (mehr) Arbeit

Im Jahr 2010 wünschten sich nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung rund 8,4 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 74 Jahren Arbeit oder mehr Arbeitsstunden. Im Vergleich zum Vorjahr sank ihre Zahl um 324 000 Personen (– 3,7 %). Trotz der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt bleibt somit weiterhin ein erhebliches Potenzial an Arbeitskräften ungenutzt.

Neben 2,9 Millionen Erwerbslosen setzte sich das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial im Jahr 2010 aus 2,2 Millionen Unterbeschäftigten in Teilzeit, 2,1 Millionen Unterbeschäftigten in Vollzeit und 1,2 Millionen Personen in der Stillen Reserve zusammen. Während sowohl die Zahl der Erwerbslosen (– 283 000) als auch die Stille Reserve (– 175 000) in 2010 im Vorjahresvergleich rückläufig waren, stieg die Zahl der Unterbeschäftigten insgesamt um 134 000 Personen. Dieser Anstieg war vollständig auf Personen zurückzuführen, die bereits eine Vollzeittätigkeit mit einer gewöhnlichen Wochenarbeitszeit von mindestens 32 Stunden ausübten.

Unterbeschäftigte sind Erwerbstätige, die den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben und für diese auch zur Verfügung stehen. Im Jahr 2010 waren

Die neuen Arbeitsplätze: gute Einstiegsmöglichkeiten mit viel Durchblick.

in Deutschland 11,2 % der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 74 Jahren nach eigenen Angaben unterbeschäftigt. 22,1 % der Teilzeitbeschäftigten und 7,3 % der Vollzeitbeschäftigten wünschten sich zusätzliche Arbeitsstunden. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Unterbeschäftigte in Vollzeit ihre Arbeitszeit meist nur um wenige Stunden erhöhen wollen.

Personen in Stiller Reserve haben ebenso wie die Erwerbslosen überhaupt keine Arbeit. Die Personen in Stiller Reserve gelten nach den strengen Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation nicht als erwerbslos. Zur Stillen Reserve gehören Personen, die zwar Arbeit suchen, jedoch im Moment kurzfristig (innerhalb von zwei Wochen) für eine Arbeitsaufnahme nicht zur Verfügung stehen. Ebenfalls zur Stillen Reserve zählen Personen, die aus verschiedenen Gründen aktuell keine Arbeit suchen, aber grundsätzlich gerne arbeiten würden und für diese Arbeit auch verfügbar sind. Im Jahr 2010 machten 5,3 % der Nichterwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren die Stille Reserve aus. Im Vorjahr lag der vergleichbare Anteil noch bei 6,0 %.

Statistisches Bundesamt, Pressestelle

Aktion des Kinderschutzbundes Münster zum Thema Kinderarmut
Foto: Rainer Wunderlich

Armut auf Rekordniveau: Paritätischer fordert Masterplan zur Armutsbekämpfung

Als neuerliches Dokument tiefgreifender Verwerfungen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft wertet der Paritätische Wohlfahrtsverband die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen, nach denen jeder sechste Deutsche in Armut lebt. Der Verband kritisiert die Politik der schwarz-gelben Koalition, die die Kluft zwischen Arm und Reich in den vergangenen zwei Jahren noch verschärft habe, und fordert von der Bundesregierung einen belastbaren Masterplan zur Armutsbekämpfung. Der Paritätische weist darauf hin, dass den über 12 Millionen armen Menschen in Deutschland ein privates Geldvermögen von rund fünf Billionen Euro gegenüber stehe. Nicht nur die Armut in Deutschland hat Rekordniveau erreicht, sondern auch der Reichtum hat trotz aller Krisen stetig zugenommen. Wenn dieser eklatanten Ungleichheit kein Ende bereitet wird, droht unsere Gesellschaft zu kollabieren, warnt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Der schwarz-gelben Koalition wirft der Verband armutspolitisches Versagen vor. Die Bundesregierung habe mit ihren bisherigen Maßnahmen die gesellschaftliche Spaltung sogar noch beschleunigt. Maßnahmen wie die Streichung des Elterngeldes für Hartz IV-Bezieher, Kürzungen beim Wohngeld bis hin zur so genannten Instrumentenreform in der Arbeitsmarktpolitik führen direkt dazu, dass die Armut in Deutschland zunimmt. Diese Bundesregierung muss endlich zu einer Politik zurückkehren, die Armut bekämpft und sie nicht noch verschärft, so Schneider. Der Paritätische fordert die Bundesregierung auf, von der geplanten Instrumentenreform Abstand zu nehmen, die Hartz IV-Regelsätze auf eine bedarfsgerechte Höhe von 420 Euro anzuheben, das Bildungs- und Teilhabepaket durch eine echte Bildungsoffensive für unterprivilegierte Kinder zu ersetzen und das Rentensystem wirklich armutsfest zu machen.

Pressemeldung des Gesamtverbandes (03.11.2011) ■

Abb.: Installation von Hiesl und Kaiser bei "Flurstücke 011"

Urteile & Tipps

von Arnold Voskamp

Die katholische Kündigung

Katholische Einrichtungen dürfen einem Angestellten nach Wiederverheiratung wegen Verstoßes gegen die kirchlichen Regeln kündigen. Eine Kündigung ist aber nur dann gerechtfertigt, wenn der Verstoß bei Abwägung der Interessen beider Vertragsteile im Einzelfall ein hinreichend schweres Gewicht hat. Heiratet ein Chefarzt einer katholischen Klinik erneut, nachdem er länger mit Wissen der Arbeitgeberin mit der späteren Ehefrau zusammengelebt hatte, und leben weitere Kollegen in ähnlichen, nicht so katholischen Lebensverhältnissen, dann darf er nicht wegen seiner zweiten Ehe gekündigt werden. Vielmehr ist auch der ebenfalls geschützte Wunsch des Klägers und seiner jetzigen Ehefrau zu achten, in einer nach den Maßstäben des bürgerlichen Rechts geordneten Ehe zusammenleben zu dürfen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 8. September 2011 - 2 AZR 543/10 -

Sperrzeit nach Papstwitzen

Einrichtungen der katholischen Kirche dürfen Angestellten fristlos und ohne vorherige Abmahnung kündigen, wenn sie im Internet den Papst beleidigen. Witze über den Papst rechtfertigen 12-wöchige Sperre von Arbeitslosengeld.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 21.10.2011, - L 12 AL 2879/09 –

Keine Sperrzeit bei Kirchenaustritt

Tritt ein Arbeitnehmer einer kirchlichen Einrichtung aufgrund der inneren Abkehr aus der Kirche aus, und wird er darum von

der kirchlichen Arbeitgeberin gekündigt, dann darf die Arbeitsagentur den Arbeitsplatzverlust nicht mit einer Sperrzeit bestrafen.

Sozialgericht München, Urteil vom 26.05.211, - S 35 AL 203/08 -.

Führerschein vom Jobcenter

Wenn eine Einstellungszusage eines Arbeitgebers vorliegt, die vom Vorhandensein eines Führerscheins abhängt, dessen Erwerb jedoch aufgrund von Mittellosigkeit durch einen Empfänger von Grundsicherungsleistungen nicht (auch nicht teilweise) selbst finanziert werden kann, dann kommt das Jobcenter nicht daran vorbei, den Führerschein aus dem Vermittlungsbudget zu finanzieren.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, vom 13.10.2011, - L 15 AS 317/11 B ER

Foto: Rainer Wunderlich

Pflege von Angehörigen

Ein Arbeitnehmer kann laut Pflegezeitgesetz bis zu sechs Monate Freistellung von der Arbeit für die Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen nehmen. Diese Pflegezeit kann jedoch nicht in mehreren Abschnitten genommen werden. Wer schon eine erste Auszeit von beispielsweise einer Woche genommen hat, hat seinen Anspruch auf erneute Freistellung zur Pflege verwirkt.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 15. November 2011 - 9 AZR 348/10 -

Verlängerung der Elternzeit

Eine mit der Arbeitgeberin vereinbarte Elternzeit kann der Arbeitnehmer nur verlängern, wenn die Arbeitgeberin zustimmt. Die Arbeitgeberin darf jedoch nicht willkürlich bis zur Grenze des Rechtsmissbrauchs gehen bei der Entscheidung über die Elternzeitverlängerung und diese ohne Weiteres ablehnen, vielmehr muss sie nach billigendem Ermessen entsprechend § 315 Abs. 3 BGB abwägen und die Gründe des Arbeitnehmers prüfen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 18. Oktober 2011 - 9 AZR 315/10 -

Krankenversicherungsbeiträge von Studenten

Es besteht beim Studium kein Anspruch auf Übernahme der Kosten der privaten Krankenversicherung durch das Jobcenter, denn bei Hartz IV (ALG II) sind Leistungen zum Lebensunterhalt für Studenten ausgeschlossen.

BSG, Urteil vom 27.09.2011, - B 4 AS 160/10 R -

Zuzahlungen für Gesundheit

Zuzahlungen zu Gesundheitsleistungen oberhalb der Belastungsgrenze übernehmen die Krankenkassen. Zuzahlungen unterhalb dieser Grenze sind von den Versicherten zu tragen, auch wenn sie Hartz IV beziehen. Das Jobcenter übernimmt diese Zahlungen nicht.

Bayerisches Landessozialgericht Urteil vom 23.09.2011, - L 16 AS 350/11 -

Ohne Zuschuss gründen

Wer vor seiner Existenzgründung keine positive Stellungnahme über die Tragfähigkeit seines Vorhabens vorlegt, hat keinen Anspruch auf die Bewilligung eines Zuschusses oder Darlehens vom Jobcenter zur Aufnahme seiner selbstständigen Tätigkeit.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt Beschluss vom 09.09.2011, - L 5 AS 326/11 B ER –

Steuerrückzahlung schmälert Hartz IV

Wer Geld vom Finanzamt zurückbekommt, muss eine Kürzung der Hartz-IV-Leistungen hinnehmen. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Die Richter des Ersten Senats wiesen damit die Verfassungsbeschwerde einer Hartz-IV-Empfängerin aus Berlin ab. Die Klägerin sollte 2009 wegen einer Rückerstattung ihrer Einkommenssteuer knapp 430€ an das Jobcenter zurück zahlen. Dagegen legte sie Klage wegen Verletzung ihres Eigentumsgrundrechts ein. Der Anspruch auf Steuerrückerstattung sei zwar vom Eigentumsrecht des Grundgesetzes geschützt, entschieden nun die Verfassungsrichter. Dieser werde durch die Anrechnung auf das Arbeitslosengeld II aber nicht verletzt.

Bundesverfassungsgericht - Karlsruhe, 1 BvR 2007/11 Reuters ■

Impressum

WINTER 2011 / 2012

Herausgeber

abm e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Berliner Platz 8 - 48143 Münster
Telefon: 0251 - 511.121
Internet: www.sperre-online.de
E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres
Heinz Annas
Norbert Attermeyer
Andreas Bügler
Claudia Dana Csiszér
Klaus Geiger
Tobias Hauschke
Reem Khalil (Mitarbeit)
Rupert Klassen
Julia Levy
Udo von Mach
Dirk Schwittkowski
Christoph Theligmann
(Schlussredaktion und V.i.S.d.P.)
Arnold Voskamp (avo)
Rainer Wunderlich (Bildredaktion)

Gestaltung / Layout

Ulrike Goj (goj-grafik@web.de)

Webdesign www.sperre-online.de

Rafael Warzecha

Bildquellen

Beate Haehn, Udo von Mach, Pixelio.de, Rainer Wunderlich

Anzeigen/Spenden

Maria Hamers, Rupert Klassen, Ulrich Wieners

Bankverbindung:

Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50 - Konto 4011797

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im Innen-Stadtgebiet Münsters
(Neue Interessenten wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

April 2012

Redaktionsschluss

10.03.'12

Anzeigenschluss

18.03.'12

MALTA

Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße

Termine:

Mo	09:00 - 16:00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	16:00 - 17:30	Deutsch für Anfänger (nach Anmeldung)
	17:30 - 19:30	Spanisch-Kurs
Di	09:00 - 14:00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	14:00 - 16:00	Offener Treff
	16:00 - 17:30	Ideenschmiede
Mi	09:00 - 10:00	Forum Plus. Bewerbungsoptimierungen
	10:00 - 12:00	Schreibwerkstatt (14-tägig, SPERRE-Büro, Berliner Platz 8)
	10:00 - 12:00	Der Pflanzendoktor
	12:00 - 14:00	Teamsitzung
	14:00 - 15:30	GFK-Gruppe (nach Anmeldung)
	14:00 - 16:00	Offener Treff
	16:00 - 17:00	Stimmbildung (nach Anmeldung)
	17:30	MALTA – Chor
Do	09:45 - 11:15	Frauen-Frühstückstreff (D.I.W.A.)
	10:00 - 12:00	**Nur für Frauen:** Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	12:00 - 14:00	Kreativ-AG
	14:00 - 16:00	Allgemeine Beratung
	20:00	Filmabend, jeden 1. Do. im Monat
Fr	10:30 - 13:30	Offenes Frühstück
	13:30 - 16:00	Offener Treff

Von und für Arbeitslose, alle Angebote sind kostenlos!

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de